

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verordnungs-
 beilage für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgege-
 ben werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 10. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Augsburg, U. d. G. U. i. St. 20.—, Apolda-Eisenach, von 2 roten Hochzeiten 3,50, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 8. Kreis 1870.— (darunter aus Stephens Reisen 45.—, Dr. R. 25.—), 4. Kreis Südost 1520.— (darunter Kranz-Heberich der Fabrik von Weermann 20.—), 6. Kreis Moabit 448,21 (darunter Sangesbrüder Moabit 50.—, Geburtstagsf. v. D. Fischer 1,10), 6. Kreis Wedding u. Oranienburger Vorstadt 1800.— (darunter Kranz-Heberich der A. G. 216,70, G. Jochel 2.—, Rai-Beitrag von Rieder 3.—), 6. Kreis Rosenthal-Vorstadt und Gesundbrunnen 1200.— (darunter Arbeiter von Scharnelow u. Co., Oranienstraße 7,10, Liste 4504 für Lößtau gesammelt bei Arnheim u. Fabian 24,15), 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 1600.— (darunter alter Parteigenosse, Buchholzerstr. 2.—, von den Russlern der Reifeier durch M. Schenfeld 8.—), Berlin, diverse Beiträge: 2. abgelehntes Honorar für meinen Beitr. z. Raizeitung 30.—, Quast, Voehstr., nachträgl. z. Wahl 1.—, Rote Buchbinder, Grünstraße 5.—, Cigarettenfabrik von R. Schulz, Friedrichsplatz 21 8.—, Gesammelt bei Schaper 1,05, Stereotypen des „Vorwärts“ 10.—, Kassenbote 1.—, J. M. 1.—, Klavierspieler bei Bourgeois 7.—, Raffalbo 1.—, Bierprocente der Geschäftsbücherei von A. Junge 10.—, Tonblüte 6,15, „Gummi“ Nord 10.—, M. 75.—, J. 25.—, P. 50.—, A. 50.—, Bamberg, Jädelin Rohrbach 5.—, Veitken (Oberstl.), von einem ehemaligen Reichstagswähler in Berlin II 2.—, Fern 50.—, Pant-Wilhelmshafen, durch A. S. 135.—, Breslau, 2. Quartalsbeitr. v. einem gewissen Gewerkschaftler 8.—, Verdenburg 10.—, Grimmitzschau 150.— (darunter Nig. Th. 1,80, 2. G. durch G. 1.—, B. O. durch R. 1.—, R. in L. 1,50), Fallenberg (Oberstl.) 2.—, Gera, Wahlkr. Ruch j. L. 50.—, Göttingen, d. R. 24, 28.—, Greiz, v. d. Parteigenossen v. Ruch a. L. 50.—, Gießen, E. R. 10.—, Heddenheim, 1. nassauischer Wahlkr. Höchst-Ufingen-Homburg 50.—, Höchst a. M., durch M. A. 4,87, Harburg a. E., gef. durch den Beitr. der Gewerksch. d. Buchdr. auf einer Buchdruckerhochzeit 4,40, Stempelfr. 0,50, Summa 4,90, Hamburg, 2. Wahlkr. 1000.—, Hastedt, Bremen 10.—, Hamburg, 8. Wahlkr. 2000.—, Hamburg, im „Echo“ eingegangen 68,50, Königsberg i. P., Beitrag der Parteigenossen 100.—, Kreischa, Kleintrag der Wasserleitung 9.—, Königsberg i. P., P. 5.—, 110.—, Leubnitz bei Weidau, gesammelt in Döhlers Restaurant 1,50, München, Waldläufer 5.—, Ringed., Widl. 455.—, Ronsdorf, d. d. Beitr. 10.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Spremberg, von den Parteigenossen 50.— (darunter Heinrichsfeld 10.—), Tribitz, v. d. Parteigenossen d. d. Beitr. 6,05, Torgau, Wahlkr. Torgau-Liebenwerda 20,30, „Vorwärts“, 1. Quartal 1899 15 158,90, Württemberg 100.—, Verdau, rote Hochzeit 1,50, Witten, V. amerik. Aktion bei einer Hochzeit 2,50, Wiesel, J. D. 1,15, X. 9. 3. 2000.—

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kassachfr. 9.

Die Socialdemokratie im bayrischen Landtage.

Mit voller Befriedigung kann die kleine, aber desto eifrigere bayrische Landtagsfraktion auf ihre Thätigkeit in der sich nun dem Abschluss nähernden Legislaturperiode zurückblicken. Die Legislaturperiode 1898/99 hat gezeigt, wie viel auch eine kleine, stets auf den Posten sich befindende Parlamentsfraktion zu leisten imstande ist.

Und nun, wo uns noch sechs Wochen vom Schluss der Session und von der Ausführung der Neuwahlen trennen, ist die Socialdemokratie die erste zur Stelle bei der Vorbereitung des Wahlkampfes. Soeben erschien im Formate des Handbuchs für Socialdemokratische Wähler eine 128 Seiten starke Schrift: „Die Socialdemokratie im bayrischen Landtage 1898/99. Handbuch für Landtagswähler.“ Herausgegeben vom Landesvorstand der socialdemokratischen Partei Bayerns. (München 1899, Verlag von Wörlein u. Co., Preis 75 Pf.). In dieser Arbeit wird die Thätigkeit der Fraktion auf Grund der Reden und Abstimmungen dargestellt; wie intensiv die Thätigkeit unserer Abgeordneten war, geht schon aus dem Umfange hervor, daß sie allein im Plenum rund 600 mal das Wort ergriffen und circa 40 Anträge und Interpellationen gestellt haben.

So schwer es auch ist, über eine so vielfältige Thätigkeit im Rahmen eines Artikels Rechenschaft zu geben, so wollen wir doch, dem Handbuche folgend, das wichtigste hervorheben. Mehrfach haben unsere Abgeordneten den zuerst ganz ausichtslos erscheinenden Kampf für ein besseres Wahlrecht, vor allem für Abschaffung des indirekten Wahlrechts und für Verdrängung des Bevölkerungszuwachses bei der Einteilung der Wahlkreise geführt; zuerst verhandelt sich die Gegner hinter der Kulisse, daß, so lange die Regierung dauere, eine Verfassungsänderung nicht angängig sei. Schon daß dieser Vorwand endgiltig abgethan wurde, ist ein großer Verdienst der bayrischen Socialdemokratie. In der ersten Session des Landtages wurden die socialdemokratischen Wahlrechts-Anträge mit allen gegen 17 Stimmen abgelehnt, in der zweiten Session erhoben sich schon 58 Stimmen für uns und in der dritten Session, an dem Tage, der uns wegen des Todes unseres Grillenberger schmerzhaft im Gedächtnis haftet, wurden unsere Anträge angenommen. Die reaktionäre Reichsratskammer verhinderte aber vorerst noch, daß ein dringlicher Wunsch des bayrischen Volkes Gehör würde.

Die Kritik unserer Genossen an der Handhabung des bayrischen Vereins- und Versammlungsgesetzes hat in erster Linie dazu beigetragen, daß Bayern heute ein wesentlich verbessertes Vereinsgesetz besitzt.

Auch die entschiedene Besserung der bayrischen Fabrikaufsicht und der Beträge der Aufsichtsberechtigten sowie deren Entgegenkommen den Beschwerden der Arbeiter gegenüber muß auf die parlamentarische Thätigkeit unserer Genossen zurückgeführt werden. Bayern besitzt nun auch einen wenn auch bescheidenen Anfang einer Beteiligung der Arbeiter und der Frauen an der Fabrikaufsicht, woran ohne Anregung unserer Abgeordneten niemand gedacht hätte.

Sehr fruchtbringend war die Thätigkeit unserer Abgeordneten im Interesse einer Besserstellung der Staatsarbeiter; aller Kategorien derselben nahm sich unsere Fraktion an, sowohl der Arbeiter in den Eisenbahn- und Militärwerkstätten, wie der Arbeiter im Eisenbahndienst und auch der staatlichen Waldarbeiter. Einige Verbesserungen bez. der Arbeitszeit und der Löhne und Gehälter wurden erzielt. Dagegen blieb unser Eintreten für das Gesinde leider erfolglos. Erfolg zu versprechen scheinen die Anregungen unserer Genossen im Interesse einer Reform der Vergesetzgebung.

Entsprechend den vielfachen landwirtschaftlichen Fragen, die den bayrischen Landtag beschäftigen, war auch die Thätigkeit unserer Fraktion auf diesem schwierigen Gebiete praktischer Politik eine intensive. Es bedarf mit Rücksicht auf die Behandlung der Agrarfrage innerhalb der Gesamt-partei keines Hinweises, daß über die Stellungnahme der bayrischen Landtagsfraktion zu diesen Fragen keine einheitliche Meinung herrschen kann. Jedenfalls ist aber die Art der praktischen Betätigung socialdemokratischer Parlamentarier im zweitgrößten Bundesstaate schon um deswillen sehr lehrreich, da uns in Bayern noch immer eine praktische Wirksamkeit im Landtage verlagert ist. In erster Linie erforderte die Lage der eigentlichen Landarbeiter, der Diensthöfen und der Tagelöhner das thatkräftige Eingreifen unserer bayrischen Landtags-Abgeordneten, daneben wurde aber auch in hohem Maße ihre Aufmerksamkeit durch die Lage und die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung in Anspruch genommen. Sobald aber die Interessen dieser beiden Schichten der ländlichen Bevölkerung in Widerspruch kamen, die bäuerlichen Interessen lediglich vom Unternehmerstandpunkt aus behandelt wurden, hat es an kräftiger Zurückweisung seitens unserer Vertreter nicht gefehlt. Ueber ihre Auffassung, wie man sich zu den „Vauernfragen“ zu stellen habe, äußert sich das Handbuch folgendermaßen:

„Wir wollen alles irgendwie Zulässige thun, um das Los der Bauern erträglicher zu machen und der größtmöglichen Zahl derselben den drohenden Abstieg in das Proletariat zu ersparen. Wir wollen ihnen in dem Kampfe gegen das Kapital und mit dem Fiskus thatkräftig beistehen, sie als Steuerzahler, als Schuldner, als Wald- und Weidberechtigte, als Erzeuger der zur Volksernährung nötigen Bodenprodukte vor Nachteil bewahren. Endlich bringen wir, wie wir für die kulturellen Entwicklungen auf allen Gebieten eintreten, auch der Volkscultur, an der das ganze Volk interessiert ist, unser lebhaftes Interesse entgegen und unterstützen alle dieselbe fördernden Maßnahmen.“

So sind wir denn principiell geneigt, für gesetzgeberische und budgetmäßige Vorhaben zu Gunsten der Bauernschaft einzutreten. Aber freilich kann und darf dies nicht um jeden Preis geschehen, sondern ist an notwendige Voraussetzungen gebunden. Es darf sich nicht um einseitige Interessen beschränkter Kreise von Begüterten handeln. Die vorgeschlagenen Mittel müssen, wenn auch kleine, so doch wirkliche Verbesserungen enthalten, nicht bloßes Phantombrot oder Pflücker sein. Sie müssen sich auf der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung bewegen und — wie z. B. das Genossenschaftswesen — keine zur Ausgestaltung zu wirklich sozialen Maßnahmen enthalten. Die mögliche Wirkung muß im Verhältnis zu den aufgewendeten öffentlichen Mitteln stehen. Und endlich dürfen selbstverständlich nicht die Interessen der Masse der übrigen Bevölkerung geschädigt werden.“

Gegenüber der Verteuerung der Lebensmittel, den Getreidezöllen und dem Anstieg der Grenzpreisen zum Zwecke der Preissteigerung, wurde von unserer Seite im bayrischen Landtag mit den aus den Reichstags-Verhandlungen bekannten Argumenten angelangt. Aus der praktischen Thätigkeit auf dem Gebiete der Agrarfrage ist besonders zu erwähnen die Verteidigung der uralten Holz-, Streu-, Weide- und sonstigen Forstrechte, der Kampf gegen die die Landwirtschaft schwer schädigenden Uebergriffe des Jagdsports, das Eintreten für die staatliche Vieh- und Mobilienversicherung, für Verstaatlichung des Hypothekensystems mit ausgiebiger Saubermachung auf Kosten des Kapitals. Treffend war die Kritik der staatlich subventionierten genossenschaftlichen Landwirtschaftsbank, welche den Kleinen gar nichts, den Mittelern etwas, den Großen und Großen aber den Löwenanteil ihrer Mittel zuwendet und trotzdem die staatliche Subvention erhöht bekommt. Gegen die Ablösung der Bodenansätze, die sich im wesentlichen als Pfandgegenstände an die Reichs- und Reichsämter darstellten, haben unsere Genossen entschieden Stellung genommen. Dem Gedanken einer berufsgenossenschaftlichen Organisation der Landwirtschaft stellte sich unsere Fraktion sympathisch gegenüber.

Mit Energie wurde anlässlich der Steuerreform für die allgemeine Einkommensteuer, für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 700 Mark auf 500 Mark, gegen die indirekten Steuern, gegen die Versuche, durch maßlose und ungleichmäßige Besteuerung einzelner Großbetriebe das Handwerk zu retten und für gründliche Schuldenkonversion eingetreten. Gegen die Entschädigung für die Steuerfreiheit der Standesherrn werden unsere Abgeordneten natürlich mit Entschiedenheit kämpfen.

Die zahlreichen Mißstände der Rechtspflege wurden öfters gebührend gewürdigt, dabei die Unvereinbarkeit des Justizrechts mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes betont, manches kräftige Wort über die Anwendung des großen Unfugparagraphen, über die Anwendung des ambulanten Gerichtsstandes, über die Untergrabung der Schwurgerichte gesprochen, und die argen Mißstände in bayrischen Gefängnissen nach Gebühr beklagt.

Das in seinen meisten Bestimmungen durchaus veraltete bayrische Gemeinde-, Heimat- und Armenrecht gab unserer Fraktion vielfach Anlaß zur Kritik und zu Verbesserungsvorschlägen. Leider wurden dank der reaktionären Haltung des Centrums bloß geringfügige Erleichterungen beim Erwerb des Heimatrechts durchgesetzt und selbst die kleinste Besserung der Armenpflege abgelehnt.

Gegenüber der Freiheit der Liberalen und den schwarzen Vätern der Merkmalen traten die Socialdemokraten mit doppelter Kraft für die Freiheit der Wissenschaft und Kunst ein. Der Standpunkt in diesen Fragen wird durch die folgenden Stellen im Handbuche gekennzeichnet:

„So wird man uns denn stets bereit finden, unabhängig von der im übrigen von der Regierung gegen uns beobachteten Stellung, für Zwecke des Unterrichtes und der Bildung gern und reichlich zu geben. Ja, weit entfernt, die jetzigen bescheidenen Leistungen des Staatshaushaltes

für diese Zwecke etwa zu hoch zu finden, werden wir vielmehr dahin drängen, daß der Staat vor allem den Volksunterricht und ebenso Wissenschaft und Kunst in noch weit höherem Maße fördere, und zwar um so mehr, je mehr es durch unseren Einfluß gelingen wird, in anderen Teilen des Reichs- und Staatshaushaltes kräftige Abschnitte herbeizuführen.“

Ueber die Stellung zur Kunst äußert sich das Handbuch folgendermaßen:

„Wir sehen in ihr ein hohes, ideales Gut, das wir in jeder Weise hegen und fördern wollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Pflege der Kunst vor allem eine Aufgabe des Staates sein muß, und daß man sie nicht lediglich auf die Privaten verweisen darf, welche vom Fische reicher Privaten fallen. Wenn der Kapitalismus heute auf alle Gebiete unseres Gesellschafts- und Staatslebens eine schämliche Wirkung übt, so thut er es nicht zuletzt auch auf diesem Gebiete. Denn die Kunst kann heute nicht frei schaffen, sondern muß nach dem Willen des Geldhades handeln, ihre Ideale der Bezahlung unterordnen. Nun geht ja wohl unser Land in der Kunstpflege manchem anderen voran, und wir bewilligen der Kunst vor allem eine Staatskassensache für diese Zwecke ausgeworfenen Beiträge. Aber wir sind der Meinung, daß der Staat hier noch viel mehr thun muß, wobei wir uns allerdings in Bezug auf die Art, wie Staatsfonds am erfolgreichsten für die Kunst verwendet werden, unsere Kritik vorbehalten. Vor allem aber muß ausgeschlossen sein, daß sich der Staat irgendwie in die Ausbildung der Kunst einmische, indem er seine Machtmittel zu Gunsten dieser oder jener Richtung verwendet. Solche Versuche sind aber wiederholt unternommen worden. Insbesondere haben die Ultramontanen mit ihrer unrationären Auffassung vom Wesen der Kunst und ihren eifrigsten Angriffen auf die „materialistische“ und „sittenlose“ d. h. die von ihnen unverständene naturwahre und schönheitsideale Darstellung in Malerei und Plastik höchst blamable und widerliche Szenen herbeigeführt und uns Veranlassung gegeben, für die Freiheit der Kunst einzutreten, die ihr Lebenselement ist.“

Der Volksschule, die in Bayern vielfach hinter anderen Bundesstaaten zurückgeblieben ist, durch Abschaffung der Regierung auf die liberalen Wünsche geschädigt und durch die offenen und versteckten Wünsche des Centrums bedroht ist, widmeten unsere Abgeordneten bei jeder Gelegenheit ihre Aufmerksamkeit, leider ohne praktische Erfolge zu erzielen. Sie forderten die Einführung der achtjährigen Schulpflicht, die völlige Unentgeltlichkeit, Verstaatlichung und Weltlichkeit der Schule, die völlige Trennung von Schule und Kirche, die Sicherung der Stellung der Lehrer vor Willkür der Vorgesetzten, Verbesserung des Gehalts und der Pensionsbezüge der Lehrer. Die Haltung unserer Fraktion hatte zur Folge, daß heute auch in pädagogischen Fachkreisen Bayerns schon erkannt wird, daß es keine aufrichtigeren und entschwiebeneren Freunde der Volksschule und der Lehrer giebt, als die Socialdemokraten, und daß heiden in der socialistischen Gesellschaft eine weit höhere Würdigung zu teil werden wird, als dies im heutigen Klassenstaat der Fall ist.

Die Trennung von Staat und Kirche wurde von den bayrischen Abgeordneten unserer Partei bei jeder Gelegenheit vertreten, den Fragen der Religion gegenüber wurde stets, auch bei Beratung des Kultusetats, die strengste Neutralität und Zurückhaltung eingehalten; dabei trat man aber immer für völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit ein.

Das Handbuch behandelt weiter den Militarismus, die Stellung Bayerns zu Preußen, sowie auch parteipolitische Fragen („veränderte Taktik“, „praktische Politik“). Das Handbuch hat bedeutendes Interesse auch über die bayrische Grenze hinaus. Wir wünschen, daß es unsern bayrischen Genossen bei den kommenden Wahlen Erfolg gewinne.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai.

Der deutsche Reichstag

konnte Dienstag mit dem römischen Kaiser ausrufen: ich habe einen Tag verloren. Oder richtiger: einen Tag totgeschlagen. Fünf Stunden antisemitischer Schächtantrag, mit zwei — einer langen und einer sehr langen — Reden Liebermanns von Sonnenberg. — Der Rest ist Schweigen für uns. Und natürlich Ablehnung für den Reichstag, der übrigens durch Liebermann zum Geständnis seiner Beschlusunfähigkeit genötigt wurde.

Morgen: Gewerbe-Ordnungs-Novelle. — wenn der Reichstag sich diese Vergewaltigung bieten läßt. —

Wirtschaftliche Gegensätze.

Ueber die Ursachen des Zwistes Heyl-Stumm wird uns noch geschrieben:

Es giebt zwischen den nationalliberalen Industriellen Süd- und Mitteldeutschlands und den nationalliberalen bezw. reichsparteilichen Schlotbaronen der rheinisch-westfälischen Industriebezirke mancherlei Differenzen, nicht nur bezüglich ihrer Anschauungen über die Arbeiterbewegung, sondern auch in manchen rein wirtschaftlichen Fragen. Der Einfluß des ostelbischen preussischen Junkertums auf die Reichspolitik, seine ablehnende Haltung gegen so manche den Handel und Verkehr fördernde Unternehmungen, wie jetzt gegen das Mittellandkanal-Projekt, dann die den Bedürfnissen der süddeutschen Staaten nicht weniger als entgegenkommende preussische Eisenbahnpolitik: das alles sind Dinge, die in süddeutschen industriellen Kreisen vielfach recht verknüpft haben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse jener südlicheren Industriegebiete sind andere, wie die Schlesiens und selbst Rheinland-Westfalens. Während sich im Süden zumeist eine zwar ausgedehnte, aber nicht von großen Riesenbetrieben beherrschte Industrie, eine mannigfaltig abgestufte städtische Entwicklung neben einer fast ausschließlich für die städtischen Märkte produzierenden, aus Klein- und Mittelbetrieben bestehenden

Landwirtschaft vorfindet, herrscht in den rheinisch-westfälischen Industriegegenden meist die in größtem Maßstabe betriebene Eisen- und Stahlindustrie, sowie der Bergbau vor. Die Klassenunterschiede treten hier demnach scharfer hervor; die kleinstädtischen bürgerlichen Mittelschichten mit überlieferten liberalen Anschauungen fehlen oder stehen unter dem Einfluß der Großindustrie. Der Gegensatz zwischen dem „Arbeitsgeber“ und dem Arbeiter ist scharfer und auf beiden Seiten ein bewußterer. Dieses Bewußtsein eines scharfen vorhandenen Klassen Gegensatzes aber hat wiederum zur Folge gehabt, daß das rheinisch-westfälische Schlotjunkerthum sich gegenüber den Bestrebungen seiner Arbeiterschaft an jene konservativen anlehnt, welche die rücksichtslose Unterdrückung jeder selbständigen Arbeiterbewegung auf ihre Fahne geschrieben haben.

Zu dieser Verschiedenheit zwischen den süddeutschen und rheinisch-westfälischen Industriellen trägt noch ein zweites bei. So lange die deutsche Industrie in ihren meisten Zweigen sich noch nicht stark genug zum Export fühlte, so lange sie als nächstes Ziel noch die Aufgabe hatte, sich den einheimischen deutschen Markt zu sichern, beehrte sie nach Schütz zellen. Und in diesem Verlangen traf sie mit der ostelbischen Landwirtschaft zusammen, die auch unbedingten Schutz ihrer Produktion auf dem einheimischen Markt forderte. So kam jene bekannte Koalition zu Stande, durch welche Schlot- und Landjunker sich gegenseitig auf Kosten der Konsumenten den Schutz ihrer besonderen Interessen garantierten. Die Entfaltung der deutschen Industrie in den letzten Jahren und das damit gestiegene Bedürfnis nach neuen Absatzmärkten hat jedoch dieses zarte Verhältnis für einen Teil der Industriellen zu einer Würde gemacht. Die vorwiegend landwirtschaftliche Produktion ausführenden Länder, die deutsche Industriewaren aufnehmen könnten, haben sich natürlich die Verschärfung des deutschen Marktes nicht ruhig gefallen lassen. Sie haben mit Repressalien geantwortet, indem sie für die deutschen Industriewaren höhere Zölle festsetzten und so diesen die Konkurrenz auf ihren Märkten erschwerten. Gerade die süd- und mitteldeutschen Industrien werden aber von diesem Vorgehen am schwersten betroffen; während die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie zur Fernhaltung der englischen und amerikanischen Konkurrenz und zur Durchführung ihrer Syndikatspolitik des Zollschutzes nicht entbehren zu können vermeint, und also trotz mancher Bestimmungen über die Ansprüche des ostelbischen Junkertums an der Koalition festhält. So erklärt sich, daß gerade in den süddeutschen Handelsblättern und Handelskammer-Verichten sich eine gewisse Abneigung gegen den Einfluß der Agrarier auf die Reichsregierung geltend macht. Allerdings sprechen ja neben diesen Motiven noch allerlei partikularistische Strömungen und Verkehrfragen mit.

Insmerhin haben sich dort wirtschaftliche Interessengegenstände herausgebildet, die mit dem Anwachsen der deutschen Exportindustrie stetig steigen müssen und die — so verfrüht es heute auch noch sein mag, von ihnen eine baldige Auflösung der Zollschutts-Koalition zu erwarten — für unsere zukünftige deutsche Wirtschaftspolitik von schwerwiegender Bedeutung sind. Wie weit diese Gegenstände bereits gediehen sind, müssen die nächsten Handels- und Zollvertrags-Verhandlungen lehren. Selbst wenn die famose Koalition zwischen Straut- und Schlotjunkerthum nur zum Teil in die Brüche ginge, wäre das für unser politisches Leben schon ein bedeutender Gewinn.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus trat Dienstag nach mehrwöchentlicher Pause wieder zusammen, um den Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Reichentums betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten entgegenzunehmen. In höchst einformiger und langweiliger Debatte plädierte das Haus unter Ablehnung aller Änderungsanträge durchweg den Kommissionsbeschlüssen bei.

Morgen stehen Nachweise und Petitionen auf der Tagesordnung.

Socialdemokratie und Friedenskongreß.

Die Erklärung von Kols in der Niederländischen Kammer, die er im Namen der Vertreter der Socialdemokratischen Arbeiterpartei in Bezug auf die Friedenskonferenz abgab, hatte nach dem Hamburger „Echo“ folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichneten, Vertreter der Socialdemokratischen Arbeiterpartei in der Zweiten Kammer der Niederländischen General-Staaten: Ueberzeugt, daß die stets steigenden Ausgaben für Militärausgaben die Volkswirtschaft in ihrer Wurzel treffen und die intellektuellen und ökonomischen Kräfte der Bevölkerung auf unproduktive Weise aufzehren, aus welcher Ursache sie denn auch stets in dieser Kammer der Vermehrung der Militärausgaben entgegengetreten und ihre Stimmen den Kriegs- und Marinebudgets verweigert haben;

in Erwägung, daß die hier abzuhaltende Abrüstungskonferenz einberufen ist infolge Initiative des russischen Kaisers, des Trägers des kaiserlichen Absolutismus in Europa, in dessen Namen tausende Kämpfer für die geistige und ökonomische Erhebung seines Volkes verfolgt, gemartert und ermordet worden sind;

in Erwägung, daß der Zar, nach der Verjagung des Czarars für diese Konferenz, rücksichtslos hat fortarbeiten lassen an der Vergrößerung seiner Armee und seiner Flotte, wodurch er die anderen Mächte verpflichtete, auch ihre Bewaffnung zu erweitern, und nebenbei unter Schwörung geschworener Eide Finnland zwang, seine Armee zu vergrößern;

als Nachkommlinge des Volkes, das einmal achtzig Jahre lang den Kampf für seine Rechte und Freiheiten gegen einen wortbrüchigen Riesen führte, sprechen wir dem Volk Finnlands unsere Sympathie aus und erheben Protest gegen die Rechts- und Freiheitsverletzung, die gegen dasselbe begangen worden;

in Erwägung, daß die meisten Mächte, die an dieser Konferenz teilnehmen sollen, fortschritten auf dem Wege der imperialistischen Politik und dadurch der Kriegsgefahr immer neue Nahrung zuführen;

Insmerhin, daß der Krieg eine notwendige Folge des ökonomischen und politischen Interessenkampfes ist, der unter dem heutigen Produktionsystem Mensch gegen Mensch und Volk gegen Volk in Gahrung liegt;

können die Unterzeichner von dieser Diplomatenkonferenz, wo weder über politische noch ökonomische Verhältnisse beraten werden, die die hinter verschlossenen Thüren abgehalten werden soll, weder unmittelbare noch spätere Erfolge erwarten.

Sie erachten es selbst für nicht unmöglich, daß im Verein mit dem angepöbelten Zweck, die Kriegsvorbereitungen auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, die Konferenz dienstbar gemacht werden soll, um durch Einschränkung der Anwendung der neuesten Wochentechnik dem voranzukommen, daß durch die Entwicklung dieser Technik selbst der Krieg unmöglich wird. Sie erklären, kein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Krieg und Militarismus zu kennen, als die Organisation der Arbeiterklasse im Klassenkampf, zur Eroberung der politischen Macht des Proletariats, wodurch der Widerstand der

besitzenden Klassen gegen die freie Entwicklung der socialistischen Interessen - Homogenität zwischen Völkern und Individuen, bestehende Gesellschaft gebrochen werden soll. Sie beschließen, aus allen diesen Gründen ihre Stimmen der Vorlage vorzuenthalten.

Der Minister des Innern, Junker de Beaufort, beschränkte sich auf einen kurzen Protest gegen die Erklärung. Der Vorsitzende der Kommission, van Dyland, protestierte und bat um Gottes Segen für die Friedenskonferenz, die er ein großes Ereignis nannte.

Eine Frage und eine Antwort. Das Großindustriellen-Magazin.

Die „Neuesten Nachrichten“, schreibt: Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen wünschenswerten Artikel gegen Rußland wegen der Maßnahmen gegenüber Finnland. Es heißt darin:

„Reben der Leiche Polens die Leiche von Girkassen — des freitragenden Eschereisenwollens — die Leichen der deutschen Ostprovinzen, die Leichen Dugender von Keinen Rationalitäten. Kom Europa ruhig zusehen? ... Werden die Völker die Regierungen nicht drängen? Soll das Klientel des Jaren gelassen?“

Das socialdemokratische Centralorgan fordert ein Einschreiten gegen Rußland. Wir nageln nur das Prinzip fest und dürfen, da selbstverständlich ein solches Interventionsprinzip nur Sinn hat, wenn eine Intervention auch mit starker Hand durchgeführt werden kann, mit wohl erwarten, daß die Socialdemokratie künftig statt gegen den Militarismus zu demonstrieren, überall für kräftige Verstärkung von Heer und Flotte eintreten wird.

Die Antwort ist kurz: ein Einschreiten gegen Rußland haben wir nicht gefordert. Wenn man den Zweifel am Aragen lassen will, wendet man sich nicht an seine Großmutter. Was wie durch unseren Protest erreichen und wofür wie die öffentliche Meinung gewinnen wollen, ist, daß der deutschen Regierung Landgegeben wird, nicht im Fahrwasser der russischen zu liegen oder ihr gar einen moralischen Rückhalt zu geben.

Und nun eine Gegenfrage: Will die Spitze der „Neuesten Nachrichten“ eine Verstärkung des Heeres und der Flotte, um der russischen Vergewaltigungs- und Erobererpolitik einen Damm zu setzen? — Oder um selber russische Politik treiben zu können? —

Deutsches Reich.

Gerlach und Göhre.

Die „Heißige Landeszeitung“, das in Marburg erscheinende und von Herrn v. Gerlach herausgegebene Organ der National-Socialen findet auf unseren Artikel über Herrar Raumann und den Antritt Göhres folgende Antwort:

„Der „Vorwärts“ bemängelt insbesondere folgenden, durchaus zutreffenden Satz Raumanns: „Es giebt keinen ewigen Fall, wo wir ein praktisches Arbeiterinteresse nicht mit allen verfügbaren Mitteln vertreten hätten.“ Demgegenüber spielt der „Vorwärts“ einige Reichstagswahlkreise aus, wo die National-Socialen in der Stichwahl nicht den Socialdemokraten, sondern den Nationalliberalen gewählt hätten. Sie hätten also gegen die „praktischen Arbeiterinteressen“ gehandelt. Hiergegen ist zu sagen: erstens müssen wir National-Socialen bekennen, daß das „praktische Arbeiterinteresse“ allein oder auch nur am besten von den Socialdemokraten vertreten wird; im Gegentheil sind ihre oft maßlos einseitigen Forderungen nur zu sehr geeignet, das Interesse der Arbeiterschaft zu beeinträchtigen. Zweitens aber können wir nicht anerkennen, daß die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, so wichtig und bedeutungsvoll sie allezeit für uns gewesen sind und sein werden, der einzige Zweck, die einzige Aufgabe unserer Politik sein könnten. Neben dem Socialen steht uns das Nationale, und hier scheiden wir uns von der Socialdemokratie principieel. Da letztere das weiß, so ist es von ihr zum mindesten naiv, anzunehmen, daß wir bei Stichwahlen nichts anderes zu thun hätten, als ihr den Steigbügel zu halten. Vielmehr entscheidet sich unsere Stellungnahme von Fall zu Fall. Das Logische ist, wenn man durch das Ergebnis der Hauptwahl ausgefallen ist, sich der weiteren Wahl zu enthalten. Will man aber doch wählen, so befindet man sich unter allen Umständen in einer Zwangslage, die für politische Zwecke auszunutzen nicht gerade sehr ehrlich ist. Dann kommt die Theorie vom kleineren Uebel zur Anwendung, und für den National-Socialen kann dies unter Umständen ein Nationalliberaler sein, der sich auf freiheitliche Grundzüge verpflichtet, gegenüber einem rabulanten, politisch unbrauchbaren Socialdemokraten. Haben die National-Socialen demnach so gehandelt, wie der „Vorwärts“ schreibt, so haben sie nicht das mindeste „Arbeiterinteresse“ preisgegeben, sie haben aber gezeigt, daß sie keineswegs geizig sind, sich in irgend ein Trabantenverhältnis zur Socialdemokratie hineinpressen zu lassen. Das hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht. Der „Vorwärts“ möge sich das gesagt sein lassen.“

Die „Landeszeitung“ erklärt es für „das Logische“, daß National-Socialen sich bei Stichwahlen zwischen Socialdemokraten und Nationalliberalen der Abstimmung enthalten. Sie erklärt beide Parteien für gleich ablehnungswürdig. Sie kommt zu dieser Erklärung, indem sie einerseits der Socialdemokratie, ganz nach Art der rücksichtslosesten Feinde jeglicher Socialreform, „Machlosigkeit“ in der Vertretung der Arbeiterinteressen vorwirft, während jeder anständliche nicht-socialdemokratische Politiker zugestehet, daß ohne das von jähmher Jimpflichkeit freie Fördern der Socialdemokratie überhaupt nicht in dem Gebiete der socialen Reform erreicht worden wäre; andererseits beweist die „Landeszeitung“, daß Logik ihres Verhaltens mit dem Vorgehen auf das „Nationale“, das sie der Socialdemokratie abspricht, weil sie darunter ein kulturwidriges Fördern eines völkerverwühlenden Militarismus versteht. Das national-socials Blatt hält für „das Logische“ die Zusammenführung des „Invereinbaren“, der socialen Wirtschaftspolitik und der rassenkriegsführenden Weltmachtspolitik.

So groß aber der Ansturm dieses Logischen — die National-Socialen haben nicht einmal das gethan, was zu thun ihre Logik von ihnen verlangt. Sie haben sich nicht einmal der Abstimmung enthalten. Sie haben auch nicht „von Fall zu Fall“ ihre Abstimmung verschoben lassen. Sie sind mit steigenden Rabunen in das nationalliberale Lager übergegangen. Da ihnen niemand ein Trabantenverhältnis zur Socialdemokratie zumutete, begaben sie sich freiwillig und mit deutsch-studentischem Durragel in das Trabantenverhältnis zum Nationalliberalismus, der zweitbesten, ideallosesten aller deutschen Parteien. In Leipzig z. B. wo als socialdemokratischer Kandidat Dr. C. Schmidt auftrat, der als ruhiger Politiker gilt, gingen die Männen des Herrar Raumann mit steigenden Rabunen zu dem nationalliberal-antijemischen Wahlergebnis des Professor Dasse über, dessen Partei so oft gegen das Reichstagswahlrecht geteilt, dessen politische Freunde das vollstreckende Dreiklassen-Wahlssystem in Sachsen und in Leipzig geschworen haben.

Wenn die „Landeszeitung“ in dieser Abstimmung ein „Vertreten eines praktischen Arbeiterinteresses mit allen verfügbaren Mitteln“ sieht, so zeigt sie, daß sie „praktische Arbeiterinteressen vertreten“ das Verraten der Arbeiterklasse an ihre größten Feinde nennt. Wir danken dem Blatt des Herrn v. Gerlach für diese Selbstzeichnung.

Die Verteilung der national-socialen Partei durch die „Heißige Landeszeitung“ ist die schärfste Anklage gegen die national-socials Partei. Wir wissen nicht, ob Herr v. Gerlach in Berlin an dieser Marburger Anklagegegriff beteiligt ist.

Der Kaiser in Elsf-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns unterm 8. Mai geschrieben: Kaiser Wilhelm hat gestern nach dreitägigem Aufenthalt die Stadt Straßburg verlassen. Die Haltung der elsfischen Bevölkerung gegenüber dem kaiserlichen Gaste unterschied sich durch nichts von der

Begeisterung in Altdeutschland bei ähnlichen Veranlassungen. Was aber hier zu Lande besonders auffällig zu Tage trat, das war der Eifer einzelner Behörden, innerhalb ihres Verwaltungsbereiches die Bevölkerung zu ganz besonderen Standgebungen und festlichen Veranstaltungen zu veranlassen.

Am größten machten sich diese Bestrebungen bei den beiden Kreislagen bemerkbar, die das Kaiserpaar von hier aus nach dem Bergloster St. Obilien und nach der Ruine Gochsönigsburg unternahm. Die Kreisdirektoren von Molsheim und Erstein hatten alles auf einen Empfang ersten Ranges vorbereitet. Da wurde tief in den Beutel der Gemeinden und in den jungen Lammensbestand der Wälder gegriffen, um die vom Kaiserpaar besuchten Ortschaften in ein pompöses Festgewand zu kleiden. Junge Mädchen wurden zu Hunderten aus der ganzen Umgebung zusammengerufen und in ihrer Landestracht zu Hausen auf den Plätzen der Dorfgemeinden aufgestellt, die gesamte Schuljugend, die Geistlichkeit, die Bürgermeister und Gemeindevorsteher der beteiligten Kreise aufgebeten, die Gendarmen von weit her zusammengezogen: alles dies am des kurzen Augenblickes willen, während dessen das Kaiserpaar in rascher Fahrt durch die Dörfer fuhr, ohne dem Aufwand auch nur die geringste Aufmerksamkeit schenken zu können.

Das Höchste leistete sich dabei der Kreisdirektor von Molsheim, Herr Swierßen; er ließ, wie uns zuverlässig mitgeteilt wurde, in den vom Kaiserpaar besuchten Ortschaften seines Kreises belamt machen, daß am Tage des Kaiserbesuches den Bauerleuten alle Arbeit auf dem Felde verboten sei und die Ortsbewohner sich in sonntäglicher Kleidung auf der Dorfstraße einzufinden hätten, um dort bei der Durchfahrt des Kaiserpaars Spalier zu bilden. Die Herr Swierßen seine Pflichten als Repräsentant der civilen Verwaltungsbehörde aufgab, zeigte sich darin, daß er beim Eintreffen des kaiserlichen Czuges auf Station Molsheim (der Herr Kreisdirektor genießt den Vorzug, Reserve-Offizier zu sein) in Militäruniform sein Pferd bestieg und sich an die Spitze der Gendarmen-Columnen setzte, die den Wagen des Kaiserpaars auf dem Wege nach dem Kloster St. Obilien begleitete. Daß der Gemeindevorsteher des Städtchens Schlettstadt dem Kaiser die herrlich gelegene Schlossruine Gochsönigsburg, die vor einigen Jahrzehnten von der Gemeinde um den Preis von 150 000 Frs. angekauft worden war, zum Geschenke machte, ist unterdessen wohl bekannt geworden. Nicht ebenso dürfte dies bezüglich der Aufnahme der Kaiserin, welche der Bürgermeister der Gemeinde bei diesem Anlaß an den Kaiser richtete und in welcher er diesen bat, die Burg als die mächtigste Zeugin alter Ritterherrlichkeit im Wasgenwalde allerhöchste aus den Händen der Stadt als Zeichen treuer Unterthänigkeit anzunehmen, auf daß die Burg wieder werde, was sie war in der Zeit, aus der die erste Kunde über sie aus der Geschichte zu uns dringt: Eigentum des Landgrafen von Elsf, der Gott sei Dank nun auch unser Kaiser ist.“

Kaiser Wilhelm hat nicht verschelt, bei seinem Scheiden aus dem Elsf der Bevölkerung seinen Dank für die „jährlich beständigen herzlichen Kundgebungen und Begrüßungen“ auszusprechen zu lassen. Es wäre an der Zeit, diese Anerkennung des gesetzlichen Stimmes der reichstündischen Bevölkerung dadurch in Taten umzusetzen, daß man die noch immer auf dem Lande lastenden Ausnahmegeetze, zuvörderst die außerordentlichen Gewaltbefugnisse des Diktaturparagrafen, aufhebt.

Mit dem Erdrosselungsgehe für Großbazare ist es also vorläufig noch nicht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Die Notwendigkeit der sorgfältigsten Prüfung aller bei dem Erloß eines Geheßes über die Bestimmung der großen Warenhäuser, Bazare usw. in Betracht kommenden Verhältnisse, wie sie unter anderem durch die Einholung von Gutachten launmännischer und anderer Korporationen in die Wege geleitet ist, läßt es als ausgeschlossen erscheinen, daß dem Landtage noch in der gegenwärtigen Sitzung ein entsprechender Bescheid vorgelegt wird.“

Miquel'sche Sammelpolitik versuchen die „Berliner Politischen Nachr.“ zu treiben. Sie werfen es der „Kölnischen Zeitung“ hart vor, daß sie in der Kolonialfrage die Industrie gegen die Landwirtschaft ausspiele:

„Es liegt doch klar auf der Hand, daß, wenn man die agrarischen Gegner der Kanalvorlage als „hungrige Junker“ bezeichnet, als Antwort der Hinweis auf die an der Vorlage beteiligten Interessen des rheinisch-westfälischen Industriezweigs erfolgt. Mit einer solchen Art der Polemik fördert man die Kanalvorlage nicht, man bereitet ihrem Zustandekommen so ernste Hindernisse, daß man auf den Gedanken kommen könnte, der Artikelreiber der „Köln. Ztg.“ wolle der Vorlage Hinterrück ein Bein stellen.“

Vor allem aber bedenklich und direkt den Interessen der Industrie im höchsten Grade schädlich erscheint es, wenn in der „Köln. Ztg.“ angeblich namens der Industrie eine Kampfstellung gegen die Vertretung landwirtschaftlicher Interessen eingenommen wird. Mit wem anders als mit den Vertretern solcher Interessen könnte die Industrie hoffen, eine Wirtschafts- und Politik durchzuführen, bei welcher ihr der notwendige Schutz gegen die ausländische Konkurrenz zu teil wird? Jene Frontstellung gegenüber den Vertretern landwirtschaftlicher Interessen ist daher durchaus nicht mit den wirklichen Interessen der Industrie zu vereinbaren.“

Miquel's Organ ist zwar für den Kanal, aber es kämpft gegen die Kanalfreunde für die Kanalgegner. Weiß man immer noch nicht, auf welche Seite man zu fallen hat? —

Die Socialpolitik der Herrenhäuser. Die Kommission des Herrenhauses hat sich Montag mit den Anträgen Below-Saleble und Graf Pfeil betr. die sogenannte Fürsorge für die schulentlassene Jugend beschäftigt und sich auf folgenden Beschluß geeinigt: Die Regierung anzufordern, dahin zu wirken, daß 1. für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend bis zum Alter von 17 Jahren der Aufenthalt in Schenkstätten, namentlich in denjenigen, in denen Brautwein verkauft wird, verboten werde, 2. an die engeren und weiteren Kommunal-Verbände eine Anregung ergehe, daß sie Einrichtungen treffen oder mit öffentlichen Mitteln unterstützen, welche den genannten jungen Leuten die Möglichkeit bieten, an Sonn- und Festtagen in anregender Weise eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung zu erlangen. Der ursprüngliche Antrag beschränkt sich auf 1 nur mit der männlichen Jugend bis zum 18. Jahre und enthält keinen besonderen Hinweis auf Brautweinschenken; er beanpruchte ferner ad 2 die Hergabe von Staatsmitteln.

Am 12. Mai werden die Herrschaften Gerathen, ihr warmes Herz für die ländliche Jugend zu offenbaren, die in Muth der Parniosen lafermiert werden sollen. Wir können uns also auf eine ebenso erfrischende wie veredelnde parlamentarische Unterhaltung gefast machen.

Am neuen Marinevorlagen richtet sich die Krupp'sche Germania wert in Kiel ein. Sie soll durch weitere Grundstücksankäufe in dem Maße vergrößert werden, daß mindestens 7000 Arbeiter, etwa die dreifache Zahl der gegenwärtig dort Arbeitenden, beschäftigt werden können.

„Oberster Vergherr.“ Der „evangelische Knappenbund“, der sich am Sonntag in Voßum gründete, hat mit einem Hoch auf den Kaiser, als den „obersten Vergherrn“ gefast.

Wenn die staatsrechtlichen Anschauungen der Frankfurter Straßammer maßgebend werden sollten, so wird künftig die Kritik eines Bergwerksbetriebes möglicherweise als Majestätsbeleidigung aufgefast werden.

Der Voßumer Knappenbund — Impressario Herrar Weber — trat unter dem geistigen Einfluß des Bergmannes Fürstötter, der in der konstituierenden Versammlung von sich erzählte, er sei früher social-emokratischer Agitator gewesen. Als ihm aber einer der hervorragendsten socialdemokratischen Führer einmal sagte: „Wenn es zur Umwälzung kommt, dann müssen sich zunächst die jüngeren Genossen gegenseitig abmurken, damit die alten Genossen das Heft in den Händen behalten“, da habe er sich gesagt: solche Bestialität kannst du nicht mitmachen.“

Wir können das dem evangelischen Anknüpfen nicht ver-
denken. Wir verstehen es, daß er schließlich aus der Socialdemo-
kratie ausgetreten ist, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, sich
gegenzeitig abzumischen zu müssen. —

Ein Zivilistenfall wurde am Dienstag im Reichstag durch
einen Tribünenbesucher herbeigeführt. Die berichten darüber im
Parlamentarischen Bericht. Der Tribünenbesucher wurde als der 23 Jahre
alte Adolf Brand aus Neu-Mahnsdorf bei Berlin
festgestellt. Die Papiere, die er in den Saal hinabgeschleuderte,
bestanden aus Exemplaren einer von ihm verfaßten Broschüre „Ein
Stoll Drehschiff in Deutschland“, worin der Fall des Stabsarztes Dr.
Sternberg behandelt wird in Form von Eingaben an verschiedene
Behörden. Der Verfasser sucht durch diese Eingabe die Auflage
gegen sich selbst herbeizuführen, um mittels Wahrheitsbeweises für
seine Behauptungen festzustellen, daß die Entmündigung des Stabs-
arztes Dr. Sternberg i. J. zu Unrecht erfolgt sei.

Wismar und Vötker. In Capri-Entsinnungen, die
Professor v. Schulte veröffentlicht, erzählt der Gelehrte, er habe
zu Capri seine Verwunderung darüber geäußert, daß dieser die
Entlassung Wismars gegengezeichnet habe, weil dadurch das Eigen-
tümliche festgesetzt worden, daß es gleichzeitig zwei Reichstagsler
gegeben habe. Capri erwiderte: „Ich habe die Entlassung auf
ausdrücklichen Wunsch Wismars unterzeichnet, weil mir Wismar
erkläre, er möge v. Vötker's Unterschrift nicht darauf haben.“
Herr v. Vötker aber hat, wie es scheint, auch diese Rechnung
unbeschädigt überstanden. —

Für eine Verdoppelung der Flotte über die durch die
Mittelsvorlage bewilligten Schiffe hinaus treten die „Verl. Reichst.
Nachr.“ energisch ein.
Stets hinter diesen Artikel, fragt die „Frei. Zig.“, auch wieder
der bekannte Admiralsrat, oder sind hierbei bloß die Geschäfts-
interessen der Kaiserin der „Verl. Reichst. Nachr.“, der Firma
Krupp, für die Lieferung von Panzerplatten und Schiffgeschützen
maßgebend? —

Nationalliberale und Reichstags-Wahlrecht. In dem
gestern gewürdigten Vorschlag, unter dem Vordat eines Drei-
alter-Wahlrechts das Drei-Klassen-Wahlrecht für den Reichstag
einzuführen, bemerkt die nationalliberale „National-Zeitung“:
„Es liegt kein Anlaß vor, jetzt, wo eine Abänderung des
Wahlrechts praktisch ausgeschlossen ist, in eine nähere Erörterung
des Hecker'schen Vorschlags einzutreten; er ist aber jedenfalls
interessant, und sollte die Frage der Wahlrechts-Reform
wieder einmal in den Vordergrund treten, so wird er nicht un-
beachtet bleiben.“

Man hört aus dem Munde der nationalliberale Sehnsucht,
daß der „interessante“ Vorschlag baldigt „in den Vordergrund“
treten möchte. —

Der Diskont der Reichsbank ist von 4 1/2 auf 4 Proz., der
Bombard-Finanz für Darlehen gegen Verpfändung von
Effekten und Waren auf 5 Proz. ermäßigt worden. —

Eine belehrte Prinzessin.

Die Herzogin Jutta von Mecklenburg-Strelitz beab-
sichtigt auf Anregung ihres Bräutigams, des Erbprinzen Danilo
von Montenegro, zur griechisch-katholischen Kirche über-
zutreten. Seine jüngste kurze Anwesenheit in Berlin demütigte
den Erbprinzen, um mit dem Großfürsten hierüber das nötige zu ver-
einbaren. Der Liebesritt soll in Berlin erfolgen und an ihn sich
die Vermählung knüpfen, die aber nicht in Berlin, sondern in
Genua im Herbst stattfinden soll.

In jenen Kreisen nimmt man es eben peinlich ernst mit
religiösen Fragen. Man ist bemüht, dem Volke die Religion zu
erhalten. Deswegen prüfen Prinzessinnen unablässig ihr Gewissen,
und sowie sie erbeden, daß sie nicht mehr auf dem Boden des
evangelischen Glaubens stehen, sondern sich von der Richtigkeit einer
anderen Religion überzeugt haben, so treten sie unverzüglich zu dieser
über. Ein glücklicher Zufall will es, daß sie immer im Stadium
dieser Gewissenskrise einen Lebensgefährten aus der eben erkorenen
Religionsgemeinschaft bekommen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

In Danzig war ein Kasernenwärter Luka von den Soldaten
scherzweise „Monarch“ genannt worden; er hatte sich gegen diese
Bezeichnung gewehrt, weil er meinte, das Wort „Monarch“ bezeichne
in bestimmten Gegenden eine besonders schlechte Art Arbeiter, die im
Leben Schiffbruch gelitten haben. Thatsächlich ist der Ausdruck „Monarch“
in vielen Gegenden die landläufige Bezeichnung für Wandlerarbeiter;
namentlich werden in Schleswig-Pommern die Chauffeurarbeiter so ge-
nannt. Hier wurde nun aber die Sache ernsthaft aufgefaßt. Der
Kasernenwärter verlor sein Amt und wurde wegen „Majestäts-
beleidigung“ angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte sechs
Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust! Der Gerichtshof sprach
den Mann vernünftigerweise frei. Selbst ein so „gutgesinntes“ Wort
wie die „Tägl. Rundschau“, hält die Anklage für ganz verfehlt.
„Denn wenn überhaupt irgend eine Majestätsbeleidigung in Frage
kommen konnte, so wurde sie erst dadurch hergestellt, daß zwischen
einer, wenn auch noch so feststimmenden volkstümlichen Bezeichnung, die
auf ein mißverständliches Fremdwort hinausläuft, und der Person
eines regierenden Herrn überhaupt ein Zusammenhang gedacht
wurde.“

Wegen Majestätsbeleidigung hatte in Wreginka bei
Rybnik ein Arbeiter Wituda seinen persönlichen Feind, einen
Bauergrundbesitzer Karl Woschal, denunziert. In der Straf-
kammerverhandlung in Gleiwitz beantragte der Staatsanwalt ein
Jahr Gefängnis, der Gerichtshof sprach jedoch den Angeklagten frei,
da es dem Zeugen, der aus Rache handle, keinen Glauben schenkte.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Im böhmischen Landtag führt die Opposition der Deutschen
noch fortwährend zu Anträgen und Diskussionen. Am Dienstag
teilte der Oberlandmarschall mit, daß die deutschen Abgeordneten
seiner Aufforderung, im Landtag zu erscheinen, nicht nachgekommen
seien. Das Haus möge also den bestehenden Vorschriften gemäß
entscheiden, ob diese Abgeordneten ihrer Mandate ver-
lustig erklärt werden sollen oder nicht. Abg. Dr. Engel erklärt,
auf Grund reichlicher, zwischen dem Klub der freisinnigen Ab-
geordneten und der Großgrundbesitzer gepflogener Erörterungen
stelle er den Antrag, die Verhandlung dieser Angelegenheit zu
vertagten, um die Deutschen nicht durch die Entziehung ihrer
Mandate der Möglichkeit einer Kontrolle zu berauben. Der Ober-
landmarschall erklärt den Antrag für zulässig. Abg. Dr. Waga
spricht sich gegen den Antrag Engel aus und beantragt die Ein-
setzung einer zwölfköpfigen Kommission, die bis zur nächsten
Sitzung über diese Angelegenheit berichten und Anträge stellen soll.
Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt. Dr. Engel betont
nochmals, seine Parole handle gerecht und klug, wenn sie trachte,
die zwischen den beiden Nationen bestehende Klüft nicht zu er-
weitern. Der Antrag Engel wird hierauf mit allen gegen 5 Stimmen
angenommen. —

Frankreich.

Zum Ministerwechsel. Paris, 9. Mai. „Canlois“ behauptet,
daß zahlreiche Offiziere aus allen Teilen des Landes, vom General
bis zum Leutnant, Francinet ihr Bedauern über
seinen Rücktritt ausgedrückt haben. Dasselbe Blatt
jammert: „Es giebt kein Parlament, keine Regierung, nichts
mehr, alles ist dem Zufall anheimgegeben, und wenn das Staats-
schiff nicht an ein Riff stößt und wie Blei untergeht, so
ist es, weil Gott die verlassenen Barken behütet. Ah, wenn Dupuy
zu wagen verstünde!“

Paris, 9. Mai. In einem Artikel des „Figaro“ beschuldigt
Picquart den General Gonse, vor dem Kassationshofe falsche
Aussagen gemacht zu haben. —

England.

Zur Krise in der liberalen Partei. Die nachträglich be-
richtet wird, hat Harcourt auf einem Bankett der walfischen
Parlamentarier die Rede, welche Lord Rosebery am 5. d. M.
im City Liberal Club gehalten hat, scharf kritisiert. Er sagte, die
Rede sei eine Aufforderung, das ganze von Gladstone der liberalen
Partei hinterlassene Erbe aufzugeben; die Partei würde verdienen,
den Untergang anzuhelmzufallen, wenn sie auf solche Ratgeber
höre. —

Rußland.

Neue Verhaftungen aus politischen Gründen sind in den
letzten Tagen in Petersburg, wie man uns berichtet, vor-
genommen worden, doch ist zur Zeit noch nichts Näheres weder über
den Umfang, noch den Anlaß bekannt.

Ferner wird uns mitgeteilt, daß in Wilna (Westrußland) am
1. Mai eine Arbeiterversammlung im Saal von der Polizei über-
rascht worden ist, wobei gegen 200 Personen, zum größten Teil
Frauen, verhaftet worden sind.

Amerika.

Die Friedensvorschläge der Amerikaner den Philippinos
gegenüber gehen dahin, daß Amerika einen Generalgouverneur er-
nennt, dieser ein aus Amerikanern und Philippinos gemischtes Mi-
nisterium beruft und daß das Ministerium dem Philippinensparlament
verantwortlich ist. Das aktive Wahlrecht soll jedem des Lesens und
Schreibens kundigen majorenmen Bürger zustehen, das passive
von einer noch zu bestimmenden höheren Altersgrenze ab-
hängig sein. Der Generalgouverneur empfängt das Vetorecht gegen
alle Parlamentsbeschlüsse, welche die Beziehungen des Landes zu
Amerika betreffen. Die Vorschläge sind im wesentlichen auf ein
amerikanisches Protektorat über die autonome Verwaltung des
Lagalenreichs zugeschnitten. Auf sie eingehen dürften die Philippinos
aber nur, wenn ihnen im Ministerium die Mehrheit gesichert wird.
Vorläufig haben sie, von argem Mißtrauen erfüllt, auf den Vorschlag der
amerikanischen Philippinen-Kommission noch gar nicht geantwortet.
Mac Anley aber trifft alle Vorbereitungen, um die Angelegenheit rasch
zu beendigen, wenn sich eine Geneigtheit bei den Philippinos
zeigen sollte. Zu diesem Zwecke ist schon jetzt ein außerordentliche
Session des Kongresses für den Frühherbst in Aussicht genommen.
Bis dahin hofft man mit Aguinaldo und seiner Regierung zu einer
Verständigung zu gelangen. Man hofft, aber irgend welche Gewähr
für Erfüllung der Hoffnungen liegt in dem gegenwärtigen Stande
der Dinge nicht.

Washington, 8. Mai. Die chinesische Regierung hat dagegen
Einspruch erhoben, daß das Gesetz betreffend das Verbot der Ein-
wanderung von Chinesen auch auf Kuba angewendet wird.

Parlamentarisches.

Vorgesehe. In der Postkommission des Reichstags
wurde Dienstag die Beratung der Novelle zum Postgesetz fort-
gesetzt. In der ersten Lesung war im Artikel 2 der Absatz, betreffend
die Einschränkung der Beförderung durch Expressboten gestrichen
worden. In der Regierungsvorlage ist die Expressbeförderung nur
wie folgt zugelassen: „Ein Expresse darf nur von einem Ab-
sander abgedacht sein, postanweisungspflichtige Gegenstände nur bis zum
Gesamtgewicht von 5 Kilogramm befördern und dem Postzwang
unterliegende Gegenstände weder von anderen mitnehmen, noch
für andere zurückbringen.“ Abg. Dr. Hertel (l.) beantragte
nun die Wiederherstellung der Bestimmung, doch fügte er
die Einschränkung hinzu, daß ein Expresse nur „über 30 Kilo-
meter vom Absendort hinaus“ Gegenstände be-
fördern darf; jedoch bis zum Gesamtgewicht von 15 Kilo-
gramm. Für den Antrag Hertel treten nur v. Staudt und Bödel
ein. Bei der Abstimmung fällt der Antrag mit 6 Stimmen,
die Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt, es bleibt also bei
dem Beschluß erster Lesung, daß die Expres-
bestellung wie bisher gestattet ist.

Art. 3 unterlag dem Verbot der Privatposten vom 1. April 1900
ab. Hierzu liegen die in voriger Sitzung von den Sekretären Sagners
und Württemberg's abgegebenen Erklärungen vor, daß sie in der
Fassung des Artikels keinen Eingriff in die verfassungsmäßigen
Rechtsverhältnisse erblickten und auch in sachlicher Beziehung mit den
Kommissionsbeschlüssen der ersten Sitzung einverstanden sind.
Die Abg. Müller-Sagan, Dr. Gais und Diez traten für
die Vuchändler-Bestellanklagen ein. Schürmer hat
Küchenborn sehr anheimelnd, daß für die Vuchändler-Bestell-
anklagen kein Grund zu Befürchtungen vorliege. Die bisherige Art
der Beförderung werde ihnen auch in Zukunft gestattet sein.
Art. 8 wird mit einer redaktioneller Abänderung gegen 8 Stimmen
in der Fassung erster Lesung bestätigt. — Zu Artikel 4 A, Ent-
schädigung der Privatpostanstalten, der in erster Lesung unver-
ändert nach der Vorlage angenommen war, beantragt Prinz
Krenberg (l.), bei der Feststellung des entgangenen Gewinns
den Reingewinn des ersten Geschäftsjahres nach Errichtung der An-
stalt nicht in Betracht zu ziehen. Abg. Singer beantragt, den Reingewinn
nach dem Durchschnitt der vor dem 1. April 1899 liegenden
3 Geschäftsjahre zu berechnen, während die Vorlage von 1898 ab
zurückrechnen will. Dr. Müller-Sagan schlägt vor, die Ent-
schädigung für den entgangenen Gewinn, der nach der Vorlage in
seinem Fall das 4fache des jährlichen Reingewinns der letzten
drei Geschäftsjahre übersteigen darf, auf das Zehnfache der
letzten zwei Geschäftsjahre zu bemessen. Staatssekretär v. Pod-
bielski: Das ist richtig gerechnet habe, bewiesen beispielsweise
die Kurnotierungen der Aktien der Berliner Badefahrt-Aktiengesellschaft.
Eine Erhöhung des Entschädigungssatzes würde ein
Steigen dieser Papiere an der Börse zur Folge haben. Den An-
halten solle kein Anrecht gegeben, aber man dürfe auch nicht über
das berechnete Maß der Entschädigung hinauszugehen. Das Reichs-
schatzamt werde zur Prüfung der Bilanzen der Gesellschaften mit
herangezogen werden. Der Vorschlag des Abg. Müller-Sagan wäre
finanziell höchst bedenklich. — Die Beratung wird Mittwoch fort-
gesetzt.

Ungültiges Mandat. Die Wahlprüfungs-Kommission
des Reichstags hat am Dienstag die Wahl des Abg. Lohse
(deutsch-sozialer Reformpartei 8. Sachsen-Main) für ungültig erklärt.
— 1898 wurden bei 30442 Wahlberechtigten 10007 sozialdemo-
kratische, 11118 antimilitärische, 632 freisinnige Stimmen abgegeben.
Der Antikant siegte mit knapper Majorität im ersten Wahlgang.
Lohse wurde gegen unseren Genossen Frähdorf und den frei-
sinnigen Gegenkandidaten mit 219 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei
der Wahl wurde in der bekannten sächsischen Manier das Versammlungs-
recht für unsere Genossen einfach aufgehoben. So ließ der Bürger-
meister in Hohnstein den Birt des Schützenhauses zu sich
kommen und legte demselben einen Revers zur Unterschrift
vor mit der Verpflichtung, seinen Saal zu Versammlungen der
Socialdemokraten nicht mehr herzugeben. Diese Angelegenheit wurde
im sächsischen Landtag, infolge einer Interpellation des Abgeordneten
Frähdorf, eingehend erörtert. Als es aber zum 12. Juni doch noch
gelungen war, eine Versammlung für Hohnstein zu arrangieren,
wurde dieselbe im letzten Augenblicke auf telegraphische Anweisung
der Pirnaer Amtshauptmannschaft verboten. Dieses Verbot wurde
nun, auf die dagegen erhobene Beschwerde, von der Amtshauptmann-
schaft Dresden für ungerechtfertigt erklärt. Freilich erfolgte dieser
Entscheid erst am 28. Juli, was also für die Wahlagitation ohne
jeden Belang. Nachdem der Antrag auf weitere Erhebungen mit
Mehrheit abgelehnt worden war, beschloß die Kommission einstimmig,
die Wahl für ungültig zu erklären. —

Der vom Nennun wieder in die Kommission zurückverwiesene
Bericht über die Wahl des Abg. v. Voebel (Brandenburg), um
weiter zu prüfen, ob die in einem nachträglich eingegangenen Gegen-
protest benannten Zeugen ebenfalls zu vernehmen seien, wurde von

der Kommission im vereinbarten Sinne entschieden. Ueber die im
Gegenprotest angeführten Punkte hat die Kommission bereits Er-
hebungen beschloßen und zwar durch eidliche Vernehmung der im
Protest benannten Zeugen und informatorische Vernehmung der
Befragten. Die Kommission war der Ansicht, daß es sich erübrige
noch weitere Zeugen zu vernehmen.

Gewerbe-Ordnung. In der Reichstags-Kommission für die
Gewerbe-Ordnungs-Novelle wurde Dienstag der neu
beantragte § 139b (Ladenstufstufen) beraten und in folgender
Form angenommen: „Auf Antrag von mindestens einem Drittel der
beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die
beteiligten Geschäftsinhaber durch ordentliche Befamtwachung oder
besondere Mitteilung zu einer Versammlung für oder gegen
die Einführung des Ladenstufstufens aufzufordern. Erklären sich
zwei Drittel der Abstimmen für die Einführung, so
kann die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende An-
ordnung treffen. Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens
müssen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr ge-
schlossen sein. Der Bundesrat ist befugt, Bestimmungen darüber
zu erlassen, in welchem Verfahren die erforderlichen zwei Drittel der
Geschäftsinhaber zu ermitteln sind.“ Die folgenden neuen §§ 189
f, g, h, i (Befugnisse des Bundesrats und der Polizeibehörden zum
Erlaß von Durchführungsbestimmungen) wurden nach der Vorlage
angenommen und zu § 189 i ein Zusatz, wonach in Fabriken die
regelmäßige Lohnzahlung nicht am Samstag oder Sonntag statt-
finden darf. — Die Beratungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Die Kanal-Kommission verhandelte am Dienstag über den
Wert der Kanäle für die Landesverteidigung. Kriegs-
minister v. Söller mit drei Offizieren vom Generalstab war er-
schienen. Auf die Frage, ob die Wasserstraßen im deutsch-französi-
schen Kriege für Transporte nach Frankreich hinein demüt werden
selen, erwiderte Kriegsminister v. Söller, daß damals noch keine
einheitliche Organisation der Wasserstraßen bestanden habe. Es
sei kein Zweifel, daß eine bessere Ausnutzung der Wasserstraßen
für uns sehr nützlich gewesen wäre; auf den Eisenbahnen
sei eine Menge Getreide einfach verkauft. Bei Denutzung des Rhein-
Waal-Kanals hätte die Belagerung von Paris einige Monate früher
beginnen können. Man habe aus den Fehlern gelernt und eine neue
Organisation geschaffen. Der Generalstab habe sich eingehend mit
der Frage in jahrelangem Studium beschäftigt und die Geschäfts-
punkte für die militärische Benutzung der Wasserstraßen in einem
Bericht zusammengestellt. Man werde bestrebt sein, im nächsten
Kriege vielen Nutzen aus den Wasserstraßen zu ziehen. Für den
Truppentransport könnten die Kanäle nicht in Frage kommen, aber
eine Reihe von Kriegsbedürfnissen sei auf die Benutzung der
Wasserstraßen angewiesen. Das großartigste Beispiel für die Be-
nutzung der Wasserstraßen im Kriegsfall sei der Feldzug der
Engländer im Sudan. Für den Transport von Kranken und
Verwundeten seien die Wasserstraßen geradezu unentbehrlich.

Oberst Bude erinnerte daran, daß 1883 Feldmarschall Graf
Moltke auf den militärischen Nutzen einer Verbindung der Wasser-
straßen hingewiesen habe, und gab schließlich im Auftrage des gegen-
wärtigen Chefs des Generalstabes die Erklärung ab, daß, wenn der
Kanal gebaut würde, die Landesverteidigung davon großen Nutzen
haben würde. — Auf den Einwand des freisinnigen Abg. Stengel,
wenn der Kanal wirklich eine so hohe militärische Bedeutung habe,
müsse das Reich zu den Kosten herangezogen werden, erwiderte
Minister v. Söller, er glaube nicht, das es geschehen würde, das
Reich heranzuziehen. Die Hauptbedeutung des Kanals liege auf
wirtschaftlichem Gebiete, wenn der Kanal auch eine hohe militärische
Bedeutung habe.

Abg. Graf Limburg-Sturum verkennt nicht, daß der
Mittelkanal eine gewisse Bequemlichkeit für die Landes-
verteidigung biete, aber durchschlagende Bedeutung habe der Kanal
nicht für den Kriegsschauplatz im Osten oder im Westen. Hierauf
wurde die Beratung auf Freitag vertagt.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Partei-
genosse Emil Matthes, in dem die Partei einen treuen Mit-
kämpfer verliert. Er war stets bereit, sich in den Dienst der Partei
zu stellen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Strafbefehle über je 10 M.** haben die Genossen Pistorius
und Vater in Magdeburg bekommen, weil sie dadurch zu unbefugten
Sammlungen aufgefordert haben sollen, daß sie Quittungen über
Gelder veröffentlichten, die ihnen ohne Aufforderung übergeben
worden waren. Das Schöffengericht, dessen Entscheidung sie an-
gerufen hatten, bestätigte die Strafbefehle.

— **Drei Beleidigungsklagen auf einmal** wurden am Dien-
stag dem verantwortlichen Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“,
Genossen Trögnitz in Zwickau, zugestellt. Er soll einen Genossen,
einen Fabrikanten, die Kreisbauhauptmannschaft Zwickau und einen
Polizei-Stadtrat beleidigt haben.

— **Wegen unbefugten Sammelns** wurde vom Amtsgericht
Zwickau der Bauer Ernst Vogel zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.
Er hatte unter seinen Kollegen zum Streikfonds der Bauer ge-
sammelt. Ein Kollege, namens Hillmann, hat ihn dem Unternehmer
und dieser ihn der Polizei denunziert.

— **Verboten** wurde in Leipzig eine für den 7. Mai nach der „Mora“
einberufene Volksversammlung, in der Schoenank über: „Der Dres-
dener Mai-Aufstand im Jahre 1849“ sprechen sollte. Originell ist,
daß die Verbotsgründe des Polizei-Amtes Leipzig sich wörtlich decken
mit der Begründung, durch die die Märzfeier-Versammlungen ver-
boten wurden. Natürlich muß wieder § 5 des Vereinsgesetzes her-
halten, das Verbot zu begründen.

— **Graz, 9. Mai.** Der verantwortliche Redacteur der Zeit-
schrift „Arbeiterwille“, Rudolf Wäsel, welcher wegen Auf-
wiegung und Beleidigung der Behörden angeklagt worden war,
wurde von den Geschworenen freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse
hielt Montag, den 8. Mai, Dr. Conrad Schmidt einen Vortrag
über: „Einige Fragen der Nationalökonomie“. Mit großem Inter-
esse folgte die zu besuchte Versammlung den interessanten Aus-
führungen des Referenten. Derselbe gab in klarer und verständlicher
Weise einen Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Wirt-
schaftsformen von den Naturvölkern an. Er betonte, daß wir durch
die sozialistische Kritik gelernt haben, die Dinge nicht als fest gegeben,
sondern im Fluße der geschichtlichen Entwicklung zu betrachten. —
Bei Erledigung der Vereinsangelegenheiten wurde zuerst die Broschüre
von Frau Beppler verteilt und mitgeteilt, daß noch eine größere An-
zahl von Broschüren den Mitgliedern zur Verfügung stehe, um neue
Mitglieder damit zu werben. Dann wurde die Frage betreffs der
auch in anderen Gegenden stattfindenden Versammlungen erörtert.
Der Vorstand erklärte, daß geplant sei, am 5. Juni im Norden eine
Versammlung zu veranstalten, ohne daß die regelmäßigen in den
„Arminhallen“ stattfindenden, dadurch unterbrochen werden sollen.
Mit der Mitteilung, daß am Montag, den 29. Mai, Herr Dr. Penzig
in den „Arminhallen“ einen Vortrag über „Strafe in der Erziehung“
hält, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Nitzdorf
hielt am 4. d. M. seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht
der Kassiererin betragen die Einnahmen 129,40 M., die Ausgaben
94,80 M., jedoch ein Bestand von 34,60 M. verbleibt. Bei der Neu-
wahl des Vorstandes gingen folgende Personen als gewählt hervor:
Fr. Jäger, Vorsitzende; Fr. Beppler, Kassiererin; Fr. König, Schrift-
führerin; Fr. Hoffmann und Fr. Neumann, Beisitzerinnen. Zu
Revisorinnen wurden Fr. Garnisch und Fr. Jeege gewählt.

Weibliche Eisenbahnbeamte. Bezüglich der Dienst- und Einkommensverhältnisse der diätarisch beschäftigten Fahrkarten-Ausgeberinnen und voll beschäftigten Gehilfinnen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten für den Bereich der preussisch-berliner Eisenbahngemeinschaft folgendes bestimmt: Für die Annahme kommen künftig nur unverheiratete weibliche Personen oder kinderlose Wittven im Alter von 20-30 Jahren in Betracht, sie müssen gute sittliche Führung und ausreichende Schulbildung nachweisen. Sie werden zunächst auf sechsmonatige Probe einen Tagesverdienst bis zu 2 M. angenommen. Beim Ablauf des Probejahres muß darüber Beschluß gefaßt werden, ob die Gehilfin beizubehalten oder zu entlassen ist. Im ersteren Falle wird sie in das diätarische Staatsbeamtenverhältnis übernommen und erhält ein Anwärterdienstalter vom Ablauf der Probezeit. Bei der Aufnahme in das Beamtenverhältnis wird für die verwaltungsmäßige Lösung des Dienstverhältnisses eine einmonatige Frist vorgegeben und ferner der Verbehalt, daß das Dienstverhältnis im Falle der Verheiratung der Gehilfin — ohne daß es einer verwaltungsmäßigen Kündigung bedarf — mit dem Ablauf desjenigen Monats aufgelöst wird, in welchem die Eheschließung erfolgt. — Die diätarische Jahresbezahlung der Gehilfinnen wird monatlich vorausbezahlt und beträgt vom Beginn des Anwärterdienstalters ab 720 Mark, ein Jahr später 780 Mark und nach einem weiteren Jahre 900 Mark. Neben den Sätzen von 720 und 780 Mark können bei den Diätaren Befoldungs- (Orts-) Zulagen von jährlich 90 Mark gewährt werden. Soweit die Befoldung gegenwärtig höher ist, als es nach den vorstehenden Bestimmungen sein soll, wird sie den Gehilfinnen beibehalten. Künftige Zulagen richten sich aber genau nach diesen Vorschriften. —

Erweiterung der Frauenrechte in der Schweiz. Im Kanton Zürich wird das Volksschulgesetz revidiert und unter den vorgeschlagenen verschiedenen Neuerungen befinden sich auch einige in bezug auf die Heranziehung der Frauen zur Mitwirkung im Schulwesen. Es handelt sich dabei speziell um den Handarbeitsunterricht für Mädchen, der obligatorisch ist, die fünf Jahreskurse von der vierten bis zur achten Schulstufe bei vier bis sechs Stunden wöchentlichen Unterrichts umfaßt. Als Zweck dieses Unterrichts erklärt das Gesetz den Schülern im Stricken, Nähen, Ausbessern schadhafter und Verfertigen neuer einfacher Kleidungsstücke Anleitung zu geben und dieselben an Ordnung, Reinlichkeit und häuslicher Sinn zu gewöhnen. Für jede Arbeitsschule hat die örtliche Schulpflege eine Frauenkommission zu wählen, deren Aufgabe die Begutachtung und Antragstellung in allen die Arbeitsschule betreffenden Angelegenheiten ist. Ueberdies obliegt ihr die nächste Aufsicht über den Arbeitsunterricht, sowie die Fürsorge für Anschaffung geeigneter und gleichartigen Arbeitsmaterials, das übrigens den Schülern unentgeltlich auf Kosten der Gemeinde verabfolgt wird. Für jeden Bezirk werden von der Bezirksschulpflege eine oder mehrere Inspektorinnen bezeichnet, welche jede Schule jährlich mindestens zweimal zu besuchen und der Bezirksschulpflege zu Händen der Schulpflege Bericht zu erstatten haben. Außerdem ernannt der Erziehungsrat eine kantonale (staatliche) Inspektorin, welche die Schulen des Kantons zu nach Bedürfnis zu besuchen hat. Für die Ausbildung der Arbeitslehrerinnen rät der Erziehungsrat je nach Bedürfnis besondere Kurse ein, zu deren Bewirtschaftung eine Frauenkommission bestellt wird. Für die Wahl von Arbeitslehrerinnen steht der Frauenkommission das Recht zu, Vorschläge an die Schulpflege zu machen, die jedoch an dieselben nicht gebunden ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! Montag, den 8. d. M., haben bei dem König Hofzimmermeister Krause, welcher zur Zeit wieder Arbeit nach Süd-West-Afrika anfertigt, sieben unserer Mitglieder die Arbeit niedergelegt, weil der Stundenlohn von 60 Pf. nicht gezahlt wurde. Vernerenswert ist noch die Zimmerei von Seiten des Herrn Krause, welche derselbe einem unserer Kameraden bei der Verhandlung unterbreitete: die in Veracht kommenden Zimmerer sollten nur für 57 1/2 Pf. weiterarbeiten, nach Fertigstellung der Arbeit würden sie dann die noch fehlenden 2 1/2 Pf. als Gratifikation nachbezahlt erhalten. So werden Innungsbeschlüsse umgangen.

Wir ersuchen nun unsere Mitglieder, da seitens des Posters Regel nur Verbandsmitglieder eingestellt werden, dort unter obigen Verhältnissen keine Arbeit anzunehmen, sondern nur dann, wenn ein Stundenlohn von 60 Pf. gezahlt wird.

Die Firma Ehrlich u. Grön in Treptow erklärt, daß bei ihr am 1. Mai niemand gefeiert hat und niemand ausgeperrt worden ist.

Deutsches Reich.

In Heckerhunde befinden sich 450 Ziegelei-Arbeiter im Ausstand. Die Unternehmer stellen sich den bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die allenfalls eine Erhöhung des Accordlohnes um 30 Pf. pro Tag bedeuten, ablehnend gegenüber. Es kommen meist Familienväter mit ca. 650 Kindern in Betracht. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Sammelherren in Arefeld waren wegen einer Lohn-erhöhung vorstellig geworden. Die Fabrikanten hätten ihnen eine solche von 1-2 M. pro Woche zugestanden, die Scherer und auch die Hilfsarbeiter haben aber beschlossen, das Angebot nicht anzunehmen, sie fordern vielmehr eine 15prozentige Lohn-erhöhung, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und einen erhöhten Satz für Leberstunden. Falls die Fabrikanten diese Forderungen nicht genehmigen sollten, soll eine allgemeine Kündigung erfolgen. Es handelt sich um 380 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Holzbildhauer der Firma Rodtstroh in Rürnberg sind wegen Nichtbewilligung der verlangten Lohn-erhöhung und Abschaffung der Accordarbeit in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten, ebenso nach der Arnoldischen Holzwarenfabrik, Holzkaufstrasse.

Die Bewegung der Schmiede in Erlangen ist beendet, da die Arbeiter ihre Forderungen — achtstündige Arbeitszeit und eine geringe Lohn-erhöhung — durchgesetzt haben.

Die Stuccature Dresden stehen in einer Lohnbewegung, Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Textilarbeiter! In der Filiale der Dresdener Cardinen- und Spigen-Manufaktur zu Groß-Dobritz, ist es infolge einer Maßregelung zu einem Streik gekommen. Die Kollegen werden ersucht, diese Fabrik bis auf weiteres zu meiden. Nähere Auskunft erteilt: Jos. Stalinski, Dresden, Potentauerstr. 68.

Der Streik bei der Firma Hättig u. Sohn in Dresden. Fabrik photographischer Apparate, ist für beendet erklärt worden. Es haben sich Streikbrecher gefunden, darunter 15 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, die infolgedessen aus dem Verbandsausgeschlossen worden sind.

Die Zahl der streikenden Müßelchreiner in Stuttgart beträgt gegen 1200. Zugang ist fernzuhalten.

Die Schreiner in Neustadt in der Pfalz befinden sich im Streik.

Vom Bergarbeiterstreik im Saarrevier meldet der offizielle Telegaph intern 9. Mai: Der Ausstand der Bergarbeiter in Klein-Rössel hat sich nunmehr auf alle Schächte ausgedehnt. Die von den Vertrauensmännern angenommene Vermittlung des Kreisdirektors und des kaiserlichen Bergamts wurde von den Arbeitern abgelehnt. Die Ruhe ist nicht gestört worden.

Der neue „evangelische Anapendbund“ der Herren Weber und Füllner wurde von ganzen 13 Mann gegründet, die von den pfälzischen Vorständen evangelischer „Arbeitervereine“ Delegierte waren.

Ausland.

Ueber den Textilarbeiter-Streik in Brünn wird von dort unterm 8. Mai berichtet:

Die Hoffnung der Fabrikanten, daß heute, Montag, früh ein Teil der Arbeiter sich bei ihren Fabrikatoren einfinden und um Arbeit betteln werde, hat sich nicht erfüllt. Die Arbeiter stehen einig und fest wie ein Mann! Das ist nichts Neues, wenn man bedenkt, daß die Leute bisher keinen Kreuzer Geld Unterstützung, sondern ausschließlich etwas Brot und Würste erhalten haben, und daß sie sehr wohl wissen, daß sie auch in Zukunft nur auf das Allernötigste rechnen können. Trotzdem sind sie in entschlossener, ja gehobener Stimmung und vertrauen darauf, daß dieses Minimum ihnen durch die Solidarität der Arbeiterschaft gesichert werden würde.

Heute früh um 8 Uhr fand eine Versammlung der Streikenden im „Arbeiterheim“ statt, die massenhaft besucht war. Namens des Streikkomitees legte Genosse Hüblich die Situation dar und erörterte auch die Aufstellung weiterer Forderungen, insbesondere eine Lohn-erhöhung betreffend. Es wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Die heutige Versammlung beauftragt das Streikkomitee, alle Vorkahrungen zu treffen, um im gegebenen Augenblick neben der Forderung des Zehntundentages, die immer das oberste Ziel des Kampfes bleiben muß, Lohnforderungen an die Fabrikanten zu stellen, und überläßt die Bestimmung des Zeitpunktes dem Streikkomitee.“ — Nach Schluß der Versammlung, die in größter Ordnung verlief, wurden die Modalitäten der Unterstützung im einzelnen beraten und festgesetzt.

Die Nachricht aus Reichenberg, daß die dortigen Genossen der Probation widerstehen und die Besonnenheit haben, derzeit nicht in Streik zu treten, hat hier große Befriedigung und Anerkennung gefunden.

Die Unternehmer scheinen es auf eine Kraftprobe abgesehen zu haben; sie drohen den Firmen, die bereits früher den Zehntundentag bewilligt oder ihn infolge des Streiks bewilligen wollten, mit Ausschließung aus dem Unternehmerverband und mit dem Verlust der Färbereien.

Die Bergarbeiter des Pilsener Kohlenreviers fordern Arbeitskürzung und Lohn-erhöhung, doch werden diese Forderungen von den Bergwerksbesitzern entschieden abgelehnt, so daß ein Streik befürchtet wird.

Zum belgischen Bergarbeiter-Streik liegen heute die folgenden Meldungen der Depeschendirektion, die sich nicht weiter kontrollieren lassen, vor:

Brüssel, 9. Mai. (W. G.) Aus La Louviere wird gemeldet: Im Mittelbecken nimmt der Ausstand jeden Tag ab, da namentlich auch die sozialistischen Ortsbehörden die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

Mons, 9. Mai. (W. G.) Der Ausstand der Grubenarbeiter nähert sich seinem Ende. Im Bassin du Centre und in den Becken von Mons und Charleroi nimmt die Zahl der Ausständigen bedeutend ab.

Der Seemannsstreik in Dänemark ist nach einer Meldung des „Hamburger Echo“ beendet.

In Wilna (Westrußland) hat in der letzten Zeit eine Reihe von Streiks jüdischer Arbeiter stattgefunden, und zwar der Schuhmacher, Schlosser, Tischler und Schneider. Der streikende Umfang und seiner Bedeutung nach hervorragenste Streik ist jedoch der der jüdischen Strampfwirkerinnen von Wilna und Umgebung. Seit drei Wochen streiken 1500 dieser Arbeiterinnen, welche eine Erhöhung ihrer Löhne erzielen wollen. Der Ausstand der Strampfwirkerinnen ist um so bemerkenswerter, als diese Arbeiterinnen in der Hausindustrie beschäftigt sind — die meisten arbeiten zu je zwei oder drei, ja viele sind die einzigen Arbeiterinnen bei ihrem Meister.

Sociales.

Preissteigerung. Die 34. Delegierten-Versammlung des Centralvereins deutscher Wollwarenfabrikanten, welche vom 7. bis 9. Mai in Kottbus ihre Tagung abhielt, hat einstimmig den Beschluß gefaßt, die Warenpreise entsprechend der Preissteigerung von Wollen und Garnen zu erhöhen.

Die Gründung einer Lungenheilstätte aus überschüssigen Mitteln wird von der Orts-Krankenkasse in Dresden erwogen.

Arbeiterkassen in Rußland. Von der kaiserlich russischen technischen Gesellschaft ist unter Beteiligung der Jungtalente eine Kommission gebildet worden, deren Arbeit zur Zeit dem Finanzministerium zur Begutachtung vorliegt. Sie hat vorwiegend die Regelung des Verhältnisses zwischen Meister und Lehrling zum Gegenstande. Das Recht, Lehrlinge aufzunehmen, soll ferner nur den den Lehrenden und Schreibern laudigen Meistern zustehen, welche die Werkstätte nicht weniger als zwei Jahre selbstständig geführt haben. Die Aufnahme zur Lehre darf bei Minderjährigen nur auf einen schriftlichen Kontrakt hin mit deren Eltern Verwanden oder Vormündern erfolgen. Dem Abschluß des Lehrkontraktes muß eine Probezeit von drei bis sechs Monaten vorausgehen. Die Nacharbeit ist für Lehrlinge bedingungslos unzulässig. Einer besonderen Inspektion, die dem Finanzministerium direkt untersteht und deren Mitglieder Personen des Handwerkerstandes sein müssen, ist die Aufsicht und die Sorge für die Ausführung der Lehrungsverordnungen anzuvertrauen und die Klageführung vor Gericht in Fällen des Zuwiderhandelns zu überweisen. Die Inspektoren sollen ferner für Einführung von besonderen Lehrplänen für die Lehrlinge sorgen, deren Besuch obligatorisch werden muß. Es steht ihnen auch die Leitung der Gesellenprüfung zu. Der Kommission ist endlich die Verpflichtung übertragen, in Jahresfrist eine Norm der Arbeits- und Unterrichtsstunden für die Lehrlinge eines jeden einzelnen Handwerks — dessen Charakter entsprechend — ausgearbeitet. — Auf das von der Gesellschaft russischer Ärzte an das Finanzministerium gerichtete Schreiben, daß in den vom sanitären Standpunkte aus gefährlichsten Industriezweigen eine Abkürzung des Maximal-Arbeits-tages notwendig sei, erwiderte das Departement für Handel und Industrie, daß die angeregte Frage, welche eine sehr ernste Beachtung verdiene, unverzüglich vom Finanzminister bei der derzeitigen Revision des Gesetzes über die Arbeitszeit von 1897 geregelt werden wird.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Montag seine Generalversammlung in den „Arminhallen“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Siabernad in der üblichen Weise. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung: Die Erweiterung der Organisation des Wahlvereins. Dem Vorstände war hierzu folgendes Regulativ im Vorschlag gebracht:

Organisationsplan des socialdemokratischen Wahlvereins im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. § 1. Der 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis wird in 6 Abteilungen eingeteilt, geordnet nach den Stadtbezirken 1-5, Stadib. 6-9 usw. Für jede Abteilung wird ein Abteilungs-führer vom Vorstände vorgeschlagen, deren Wahl jedoch die Versammlung erst definitiv zu bestätigen hat. § 2. Jeder Abteilungs-führer ernannt nach den in seiner Abteilung vorhandenen Wahlbezirken die Bezirksführer; jedoch bedürfen auch diese der Bestätigung der Versammlung. § 3. Die Bezirksführer haben sich den Anordnungen der Abteilungsführer zu fügen. § 4. Die Abteilungs-führer haben das Recht, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. § 5. Die Abteilungsführer sind verpflichtet, alle 4 Wochen einen Nachabend in den ihnen überwiesenen Stadtbezirken abzuhalten, um die Mitglieder in ihren Bezirken kennen zu lernen. § 6. Die Gesamtorganisation steht unter der Leitung des Vorstandes und ist diesem über alle vorkommende Arbeit Bericht zu erstatten.

Das einleitende Referat zu diesem Punkte hatte der Genosse Taterow übernommen, der in seinen Ausführungen auf die gegenwärtige, vielfach beschränkte Vereinigungsgesetzgebung hinwies, die jegliche Parteiorganisation erläuterte und die vom Vorstände in Vor-

schlag gebrachte Erweiterung der Organisation, um den Wahlverein aktionsfähiger zu machen, zur Anerkennung empfahl. In der hierauf folgenden längeren Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die geringe Zahl der Mitglieder durchaus in keinem Verhältnis zu der bei der Reichstagswahl für die Socialdemokratie abgegebenen Stimmzahl steht und die Notwendigkeit der Reorganisation, die auch durch die eigenartige geographische Lage dieses Kreises bedingt wird, von allen Rednern anerkannt. In der Debatte wurde von mehreren Rednern lediglich die Fassung des § 4 bemängelt und von denselben gewünscht, daß aus verschiedenen Gründen an Stelle des Wortes „Recht“ das Wort „Pflicht“ gesetzt wird, daß also die Abteilungsführer verpflichtet sein sollen, an den Beratungen teilzunehmen. Diese Änderung wurde andererseits aus taktischen Motiven sehr lebhaft bekämpft und schließlich in der hierauf folgenden Abstimmung das Regulativ in der obigen Fassung mit großer Majorität angenommen.

Hierauf erstattete der Vorsitzende Marschel den Geschäftsbericht vom letzten halben Jahre. Danach haben in dieser Zeit 5 Versammlungen und 8 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die der Vorsitzende noch mitteilte, waren die verschiedenen Veranstaltungen des Vereins leider nicht in der gehofften Weise besucht und wäre es wünschenswert, daß in Zukunft bei derartigen Gelegenheiten eine regere Beteiligung seitens der Parteigenossen stattfindet.

Dem Kassenericht des Kassierers Petermann ist zu entnehmen, daß die Einnahmen inkl. des alten Bestandes von 267,78 M. insgesamt 480,63 M. betragen. Die Ausgaben beliefen sich auf 144,05 M., so daß ein Bestand von 336,58 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren, die die Abrechnung als richtig bestätigten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Fellgentreff erster, Strehl zweiter Vorsitzender; Opper erster, Glotte zweiter Kassierer; Sommer erster, Rudolf zweiter Schriftführer; Reib Weißer; Kubatz und Lehmann Revisoren. Als Abteilungs-führer wurden vom Vorstände in Vorschlag gebracht und von der Versammlung bestätigt: Aleping für den 1. bis 5. Bezirk, Buttig für den 6. bis 9. Bezirk, Pollack für den 10. bis 18. Bezirk, Sommer für den 14. bis 18. Bezirk, Regen für den 17. bis 20. Bezirk, Arndt für den 283 und 284 Bezirk.

Nachdem ein Vertreter der Treptower Sternwarte in längerer und interessanter Ausführungen die verschiedenartigen Einrichtungen und die Bedeutung dieses Instituts erläutert hatte, wurde dem Vorstände bekannt gegeben, daß in nächster Zeit ein gemeinsamer Besuch der Sternwarte von den Mitgliedern und deren Angehörigen geplant sei. Vileis, die das ganze Jahr Gültigkeit haben und auch zum Einzelbesuch berechtigt, sind in allen Jahrgängen und bei den Jahrsab-mitgliedern, Abteilungs-führern u. zu haben. Regere Vertrieb der Vileis wurde empfohlen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 6. Mai seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Da der in Aussicht genommene Referent in letzter Stunde abgefallen war, mußte von dem angekündigten Vortrag Abstand genommen werden. Schröter gab die Abrechnung vom letzten Monatsabende bekannt, dieselbe ergab einen Ueberschuß von 177 M. Wegen Ausperrung anlässlich der Meisei wurde 2 Mitgliedern und wegen Entlassung infolge agitatorischer Tätigkeit einem Mitgliede, die für Gemah-regelte festgesetzte Unterstützung zugesprochen. Auf Antrag Arndt wurde, da die „Holzindustrie-Gruppe der Gewerkschaftskommission“ den Beschluß gefaßt hat, die im partiellen Streik sich befindenden Stodarbeiter mit 200 M. zu unterstützen, der auf die Branche entfallende Teil bewilligt. Neu aufgenommen wurden 7 Kollegen.

Vom Gewerkschafts-Kongress.

Ueber die Verhandlungen am Dienstag liegt uns die folgende Privatdepeche vor:

Zur Beratung stehen die Anträge, welche die Agitation, die Erweiterung der Tätigkeit der Generalkommission, die Gestaltung des „Korrespondenzblattes“ betreffen. Es liegen Anträge vor, der Generalkommission ein Tätigkeitsgebiet in bezug auf geistlichen Arbeiterschutz und staatlichen Arbeiterschutz zuzuweisen und zu diesem Zweck noch einige Beamten anzustellen, die das Material zu sammeln und für die Gewerkschafts-pressen verarbeiten sollen. Das Referat hat Brinmann und die Diskussion fällt die Vormittag- und einen Teil der Nachmittags-sitzung aus. Die sämtlichen Anträge werden einer Kommission überwiesen, der Antrag auf Aufnahme einer jährlichen Streikstatistik wird angenommen. — Ebenso wird eine Resolution angenommen, welche den Gewerkschaften bessere Bezahlung ihrer Beamten empfiehlt. Der Kongress beschließt ferner einstimmig, den Streikenden in Brann 25000 M. zu überweisen. Hiebei dankt im Namen der österreichischen Arbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 9. Mai. (W. G.) In der heutigen Kammer-sitzung wurde der Antrag betreffend die Revision der französischen Verfassung mit den beiden Unteranträgen: Verminderung der Anzahl der Abgeordneten und Einschränkung des Einspruchsrechtes des Senats, an eine Kommission verwiesen. Von den Mitgliedern dieser Kommission sind zehn für und zwei gegen eine Revision der Verfassung.

London, 9. Mai. (W. G.) Unterhaus. Gen. Fowler kündigte an, er werde den Antrag stellen, daß die Königin das indische Gesetz, betreffend die Einführung von Retentions-zu-erzöllen ablehnen möge, worauf Valfour erklärte, er werde den Tag für die Debatte hierüber mit der Opposition vereinbaren. Van der Zant wünscht zu wissen, ob in den zwischen England und Rußland gewechselten identischen Noten betreffend China die Bezeichnung „Pan-tseu-Becken“ definiert worden sei, ob andernfalls die Regierung dieselbe zu definieren beabsichtige, ob die Regierung dieselben Rechte im „Pan-tseu-Becken“ beanspruche, wie Rußland sie nördlich der großen Pauer verlange und ob die britischen Vertragsrechte nördlich der großen Pauer durch den Tientsiner Vertrag irgendwie aufgehoben seien. Der Parlamentsuntersekretär des Auseren Brodrick erwiderte, unter dem „Pan-tseu-Becken“ seien nach der bisherigen Definition die an den „Pan-tseu-Becken“ grenzenden Provinzen Honan und Tscheling zu verstehen. Er sei außer Stande, genau zu sagen, welche Ansprüche Rußland betreffend das „Pan-tseu-Becken“ haben könnte; die britische Regierung verlange hinsichtlich des „Pan-tseu-Beckens“, daß kein Gebiet teil an eine andere Macht verpachtet, verpfändet oder in irgend einer Weise veräußert werde. Die britischen Vertragsrechte nördlich der Ginesischen Pauer seien durch den Tientsiner Vertrag nicht aufgehoben. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte auf eine Anfrage der General-Postmeister, Herzog von Norfolk, es seien die Bedingungen vereinbart, unter denen, wie er hoffe, bald ein britisches Postamt in Saloniki errichtet werden wird.

Wittich, 9. Mai. (W. G.) Heute nahmen 1500 Grubenarbeiter die Arbeit wieder auf. Der Gemeinderat von Geratig bewilligte 5000 Franks zur Unterstützung der Streikenden, der Gouverneur der Provinz hat sich jedoch an die Regierung gewandt, um diesen Beschluß zu annullieren.

Rom, 9. Mai. (W. G.) Als Nachfolger Zanardellis, der entlassen ist, sein Amt als Kammerpräsident niedergulegen, wird Rubini genannt.

Warschau, 9. Mai. (W. G.) Panulics, der Chef der hiesigen Janurbehörde, hat, wie verlautet, seine Demission gegeben. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich sein bisheriger Stellvertreter Ananski werden.

Reichstag.

78. Sitzung, Dienstag, 9. Mai 1899, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Niemand. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von den Abg. Liebermann v. Sonnenberg und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend das Verbot von Schlachtereien.

Nach § 1 soll beim Schlachten aller Tiere mit Ausnahme des Federviehs der Blutentziehung die Veräuhung vorausgehen; ausgenommen sollen bleiben die Rotschlachtungen infolge von Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen, insofern die Veräuhung sich nicht mehr ausführen läßt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Wir können mit dem Verlauf der ersten Beratung durchaus zufrieden sein. Jetzt wird es darauf ankommen, den Nachweis zu führen, daß das Schlachten in der That einen Akt der Tierquälerei darstellt.

Die Vererbung der Jugend ist nicht zum wenigsten auf die Prozedur des Tiereschlachtens zurückzuführen. Der Antrag hat keineswegs eine antisemitische Tendenz. Die Vereinfachung der Schlachtmethode hat Symmetrien in allen Parteien. Es muß auch eine merkwürdige Religion sein, die steht und fällt mit einer solchen Kleinigkeit. Es handelt sich nämlich nur um eine Kleinigkeit, um einen veralteten Aberglauben. Die Gutachten, die der Abg. Liebermann v. Sonnenberg nicht stichhältig. Bei dem Zeugnis des holländischen Kriegsministers ist eine Schiedung von jüdischer Seite sehr wohl möglich. Alle übrigen Gutachten sind von der Entwicklung überholt. Es giebt heute eine absolut vollkommene Schlachtmethode, vermittelst der Schußmaße. Der große Einfluß, den die Judengemeinden in den großen Städten üben, hat bei dem Zustandekommen der Gutachten ohne Zweifel eine bedeutende Rolle gespielt. Weder das Ober-Medizinalkollegium noch die Physiologen, noch selbst einzelne Großschächter können da ein begründetes Urteil abgeben. Das können nur Leute wie ich, die dem Schlachten in seinen Städten beigewohnt haben. Die Vorbereitungen zum Schlachten sind etwas unerhört Grausames. Und nach dem Schlachten tritt keineswegs Plutiere im Gehirn, also auch keine Bewußtlosigkeit ein. Vielmehr müssen da noch erst Schlächtergesellen durch Wühlen in den Adern nachhelfen. Die Tötung durch die Schußmaße ist dagegen eine absolut sichere und momentane. Auch geschieht da das Ausbluten in viel vollständiger Weise. Da das Ausbluten der eigentliche Zweck der jüdischen Religionsvorschrift ist — im Blut soll nämlich die Seele liegen — so stellt die neue Schlachtart tatsächlich noch ein Entgegenkommen gegenüber dem Judentum dar. Die Agitation gegenüber dem Schächterverbot kommt nur daher, daß die Juden Meissen und Klammern brauchen, um einen Staat in Staate bilden zu können. Solche Meissen und Klammern sind die Speisegehe und der Schabbes. Deshalb das Widerstreben gegen die Forderungen der Humanität. Ich aber richte den Appell an alle guten Menschen hier im Hause, dafür zu sorgen, daß Deutschland auch in dieser Frage an der Spitze der Zivilisation marschiere. (Beifall rechts.)

Abg. Lieber (C): Wesentlich Neues hat der Redner nicht vorgebracht. Er hat gemeint, es sei festgestellt worden, daß das Schlachten eine Tierquälerei ist. Darauf begründete er seine Forderung: ohne Rücksicht auf irgend welchen Aberglauben das Schlachten zu verbieten. Der Herr Redner irrt aber, wenn er das bereits als erwiesen ansieht, was erst zu beweisen ist, und wofür er auch heute einen Beweis nicht erbracht hat. Gewiß laufen in den kleinen Städten beim Schlachten Grausamkeiten mit unter; diese verurteilen auch wir. Aber diese schließen sich auch an alle übrigen Schlachtmethoden an. Wir sind auch dafür, daß dieser verwerfende Akt — ich meine damit nicht eine bestimmte Schlachtmethode, sondern das Schlachten überhaupt — nur unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich geht. Aber die Herren Antragsteller richten sich nur gegen eine bestimmte Schlachtart und wollen eine andere bestimmte Schlachtart zwangsweise festsetzen. Sie berufen sich dabei auf die Tierquälerei. Aber deren Stellung ist eine ganz andere. Der XI. Internationale Tierquälereitag hat es ausdrücklich abgelehnt, für oder gegen das Schlachten Partei zu ergreifen. (Hört! hört!) Dadurch allein wäre schon bewiesen, daß das Schächterverbot mit Tierquälerei nichts zu thun hat. Wir haben also keine Veranlassung, von unserem principielle Standpunkte abzugehen, den in jedem Eingriff in die Rechte einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft verbietet. Für uns ist das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinwesen, durch die der preussische Kriegsminister bestimmt worden ist, den Schächterverbot in der Kaiserlichen Konservatorien einzuführen, maßgebender als das jüdische Gutachten, von dem Herr Hertel gesprochen. Dieses Gutachten war unterzeichnet von dem Herr Hertel, von den Professoren Bardeleben, Jolly, Kirchow, Bergmann, Leyden, Olschhausen, Gerlach, Kubner und anderen; all diese Männer haben das Schlachten empfohlen, und mit ihrem Namen empfohlen. Das bedeutet doch etwas anderes, als die Umgebungen tierärztlicher Vereine. Redner schließt mit einer Aufforderung zur christlichen Nächstenliebe. (Beifall.)

Abg. Hertel (L): Bevor Redner zu sprechen beginnt, ruft ein Zuschauer in der ersten Reihe der Tribüne: „Nicht Chasen, sondern Menschenrechte!“ und wirft eine Menge Flugblätter in den Saal. Allgemeines Erstaunen und minutenlange Stille. Vizepräsident von Frege brocht nach einigen Minuten, die Tribüne räumen zu lassen, wenn die Unruhe daselbst sich wiederholen sollte. Der Ruf, ein junger Mann, wird durch einen Reichstagsdiener von der Tribüne gestoppt. Das allgemeine Staunen löst sich allmählich, der Vorfall wird nachher noch lange besprochen.)

Man muß diese Frage nicht vom religiösen, sondern vom menschlichen Standpunkte beurteilen. Die Gutachten für das Schlachten beweisen nichts. Es stehen eben Gutachten gegen Gutachten. Die königliche jüdische Regierung ist der königlichen preussischen durchaus gleichwertig. Das jüdische Gutachten steht hinter dem preussischen nicht zurück, das erfordert das föderative Prinzip. Die jüdischen Bewohner Sachsens haben sich mit dem Schächterverbot ausgesprochen. In einer Table d'Hotel hat noch nie ein jüdischer Gast gefragt, ob das ihm vorgesetzte Fleisch geschächtet ist oder nicht. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, den § 1 anzunehmen, da sich jede religiöse Vorurteil der Humanität unterordnet muß.

Abg. v. Liebermann (Ant.): Auch ich werde jeder Tierquälereimäßigkeit zustimmen. Aber die Antragsteller haben gerade die grausamsten Todesarten in ihren Antrag nicht einbezogen. Sie haben sich auf die Forderung der Veräuhung beschränkt, und gerade diese Frage ist im höchsten Maße zweifelhafter Natur. Eine allgemeine Einführung der Schußmaße ist unmöglich; das verbietet sich schon durch die landlichen Verhältnisse. Das Sachliche in den Reden der Antragsteller ist hinlänglich, und mehr oder weniger verdeckt antisemitische Bestrebungen werde ich nie Vorhaben leisten.

Abg. v. Liebermann (Ant.): Es ist als unbedingte Wahrheit anzusehen, daß das Schlachten eine Tierquälerei ist. Wer überhaupt etwas einsehen will, muß das einsehen. Es ist geradezu Völlerei, wenn jemand noch daran zweifelt. . . Vizepräsident v. Frege: Ich nehme an, daß der Herr Redner nicht von Mitgliedern dieses Hauses spricht.

Abg. v. Liebermann (Ant.): Selbstverständlich sind diese davon ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Nicht wir haben in den Antrag eine antisemitische Tendenz hinein-

getragen, das haben nur die Gegner getan. Die Religion schreibt den Juden das Schlachten nicht vor, das thut nur der Talmud. (Heiterkeit.) Das Schlachten stellt für die Juden nur einen Vorwand dar, ihren Arm noch etwas weiter auszustrecken, als ihnen das von Gottes- und Rechtswegen zukommt. Wir wollen nicht die Gleichberechtigung der Juden angreifen, sondern nur die Gleichberechtigung der Deutschen mit den Juden wiederherstellen. Man hat das Schlachten mit dem Hinweis auf die Bivisektion verteidigt. Nun, bei der Bivisektion handelt es sich doch wenigstens um wissenschaftliche Forschungen, aber trotzdem halten wir auch die Bivisektion für eine Grausamkeit, die beseitigt werden muß. Man hat wohl erwartet, daß die Verhandlung über diese Anträge zu einem antisemitischen Skandal führen würde. (Heiterkeit links.) Das war von uns nicht beabsichtigt. Wir werden uns durch die Behandlung unseres Antrages nicht abhalten lassen, mit unserem Antrag so lange wieder zu kommen, bis er angenommen ist, ganz unbedünnt herum, ob hier im Hause noch zehn Judenprediger gegen uns auftreten werden. (Bravo bei den Antisemiten; Lachen links.)

Abg. Schrader (fr. Bgg.): Es liegt mir ferne, nach dem Gange der Verhandlungen noch auf die Sache selber ausführlich einzugehen. Für uns genügt es, daß den Antragstellern der Beweis nicht gelungen ist, daß das Schlachten mit besonderer Tierquälerei verbunden ist. (Widerpruch bei den Antisemiten.) Gegen die Tierquälerei werden wir jederzeit mit derselben Entschiedenheit auftreten, wie die Antisemiten.

Abg. Dr. Kruse (nat.): Die ganze heutige Debatte war überflüssig, nachdem sich schon in der ersten Lesung gezeigt hatte, daß es sich lediglich um antisemitische Bestrebungen bei diesem Antrag handelt. Andererseits ist festgestellt, daß das Schlachten keineswegs mit größeren Grausamkeiten verknüpft ist, als andere Schlachtmethoden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P): behauptet gegenüber dem Abg. Schrader, daß der Beweis für die Tierquälerei beim Schlachten sehr wohl gelungen sei und zwar durch die Gutachten der jüdischen Behörden. Oben haben wir den Beweis geliefert, daß sehr wohl eine Methode existiert, die alle Nachteile des Schlachtens vermeidet, nämlich die Tötung mit der Schußmaße, bei deren Anwendung das Bewußtsein augenblicklich schwindet. Wenn Sie der Ansicht sind, daß unser Antrag antisemitische Tendenzen hat, dann lehnen Sie ihn ab, nehmen Sie aber wenigstens eine Resolution an, in der der Reichstag zur Erhebung in dieser Frage aufgefordert wird. Da dies aber wohl heute nicht mehr möglich ist, so beantrage ich, die Abstimmung über meinen Antrag für heute auszuschieben. (Lachen links.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Lieber, v. Liebermann und Bindewald wird die Diskussion geschlossen. Der Antrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg auf Ausdehnung der Abstimmung über seinen Antrag wird gegen die Stimmen der Antisemiten und Konservativen abgelehnt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Dem bezweifle ich die Beschäftigung des Hauses. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident v. Frege: Das Bureau muß sich leider diesem Zweifel anschließen. Unsere Beratungen haben daher für heute ein Ende erreicht. (Heiterkeit.) Ich lege die nächste Sitzung an auf Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Zweite Beratung der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz.

Obwohl die Sitzung geschlossen ist, wünscht Abg. Singer noch das Wort. Abg. Singer (Soz.): Ich möchte mir die Mitteilung erlauben, daß ich morgen vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag stellen werde, den zur Beratung angelegten Gegenstand von der Tagesordnung abzugeben. Morgen werde ich diesen Antrag auch begründen.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Lokales.

Der Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises unternimmt am Himmelfahrtstag einen Familienausflug nach dem Restaurant „Friedebucht“ bei Köpenick. Abfahrt 9.10 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Reges Interesse erwartet.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen die Arbeiterschaft nochmals auf den heute Abend stattfindenden Unterricht in Rationalökonomie aufmerksam. Schriftsteller Paul Hirsch wird über Arbeiterschaft, Gesetzgebung und Arbeiterversicherung in den europäischen Ländern sprechen. Bei der großen Wichtigkeit dieses Themas ist es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft mehr als bisher an diesen Vorträgen beteiligt. Besonders den Gewerkschaftsmitgliedern sei geraten, diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorbeigehen zu lassen, um sich mit den Fragen der Arbeiterschaft-Gesetzgebung und Arbeiterversicherung eingehend bekannt zu machen. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

„Anschauungsunterricht im Freien“ kann unsere Jugend im Friedrichshain genießen. Die beiden Teiche dieses Parks sind von zahlreichen Enten und Gänzen und auch von einem Schwannpaar bevölkert. Die Schwäne sind Eigentum der Stadtgemeinde, die Gänse und Enten gehören dem Oberräucher, der sich aus ihnen wahrscheinlich seine Sonntagsgesellen heranzüchtet. Für die Scharen von Kindern, die sich an schönen Nachmittagen im Friedrichshain tummeln, sind die Wasserögel natürlich ein Gegenstand des lebhaftesten Interesses. Zu Hunderten umlagern die Kleinen und auch viele Erwachsene die Teiche und sehen dem beschäftigten Treiben der Tiere zu. Die Beobachtungen, die die Jugend hier macht, sind ungemein wertvoll. Sie bereichern den Vorstellungskreis der Kinder, und viele Kinder — namentlich die noch nicht schulpflichtigen — sehen hier überhaupt zum erstenmal lebende Gänse und Enten in ihrem Element. Wer den Gesprochenen lauschen will, die die Kleinsten und Kleinen und selbst größere Kinder hier miteinander führen, der kann manches naive Wort aufhören. Den Höhepunkt erreicht das Interesse, das die Kinder den beiden Teichen und ihren gefiederten Bewohnern entgegenbringen, allemal im Frühjahr, wenn junge Schwäne, Gänse und Enten auskommen. Das ist gerade jetzt wieder der Fall. Besonders lebhaft geht es auf und an dem Schwanenteich zu, wo das Schwannpaar einen Teil seines Gebietes an ellide Gänse hat abtreten müssen. Die Küster, die dem Schwannenteich und den Gänzen zum Warten hergerichtet worden sind, befinden sich nebeneinander auf der kleinen Insel, die in dem Teiche liegt; sie sind aber von einander getrennt durch einen Drahtzaun, der den Gänzen aberwärtigen Teil der Insel und ein Stück des Teiches sowie des gegenüber liegenden Ufers umgrenzt. Die Gänzen sind bereits angekommen und machen unter der Obhut der Küster die ersten Schwimmversuche. Aber den Schwänen nebenan sind sie ein Dorn im Auge. Unermüdlich schwimmen oder klettert der Schwann an der Grenze auf und ab, jede Bewegung seiner Nachbarschaft beobachtend. Von Zeit zu Zeit arbeitet er während mit der Brust gegen das trennende Gitter, als ob er es einwärts möchte, oder versucht, den Hals weit ausstreckend, mit dem Schnabel hinüber zu langen. Manchmal verläßt auch das Schwannweibchen das Gitter und betritt sich an den vergeblichen Bemühungen, in das Nachbarreich einzudringen. Ein Freudengeschrei erhebt sich dann unter den jugendlichen Zuschauern, wenn das freche Woll der Spagen, den glänzigen Augenblick benutzend, sich über das

Schwannenteich hermacht, von den weichen Federn zusammengekräft, soviel der kleine Schnabel zu fassen vermag, und mit der kostbaren Beute davonfliegt, um die eigenen Küster damit auszulöffeln. — Von den Kindern läßt sich im großen und ganzen sagen, daß sie sich den Tieren gegenüber anständig benehmen und keine Ausschreitungen begehen. Wer die viel geschmähte Berliner Jugend hier sieht und längere Zeit beobachtet, der wird vielleicht doch einen anderen Eindruck von ihr empfangen, als wenn er ihr in den Straßen zuschaut, wo den Kindern — bei dem Mangel an geeigneten Stätten der Erholung und Anregung — oft wirklich nur abgibt bleibt, sich die Längeweile durch Ungezogenheiten zu vertreiben.

Die Angelegenheit der Kindermission im katholischen Josef-Stift zu Potsdam soll beknapplich heute abend abermals in der Stadtverordneten-Versammlung erörtert werden, nachdem der zuständige Ausschuss die Entfernung der Berliner Waisenkinder aus der Anstalt empfohlen hat. Je mehr es den Anschein gewinnt, daß es der Erziehungsanstalt an den Kragen geht, je eifriger arbeitet sich die „Germania“ in Schweig, um zu beweisen, daß eine so hohe Kindererziehung auch eine christliche Kindererziehung sei. Welche Mittel das Blatt in seinem unwürdigen Kampfe anwendet, möge folgende Stelle aus dem Leitartikel seiner letzten Abendnummer zeigen: „Was würde Herr Singer wohl sagen, wenn man nicht etwa einen Einzelfall, sondern die oft wiederholten Fälle, in denen ein sozialdemokratischer Kaffierer Unterschlagungen verübt hat und mit der sozialdemokratischen Kasse durcheinander ist, in gleicher Weise verallgemeinert und daraus ein „System“ machen wollte? Und selbst wenn es wahr wäre, daß bisher in dem Bereich ein gewisses System gelegen“ — ist denn nicht durch die neueren Abmachungen zwischen der Waisenverwaltung der Stadt Berlin und der Verwaltung des Potsdamer Waisenhanfes diesem „System“ ein Ende gemacht und eine Garantie gegen die Wiederaufnahme desselben geschaffen worden?“

Hierauf wäre kurz zu erwidern, daß Verträge der von der „Germania“ an den Haaren herbeigezogenen Art von sozialdemokratischen Blättern stets auf das schärfste verurteilt worden sind. Sollen unsere Parteiblätter nach den Moralanschauungen gebandelt, mit denen die „Germania“ in der Prügelfaßare brüliert, so hätten sie die Verträge als Zuegriff aller menschlichen Tugend verherberlichen müssen. Weil eben die katholische Presse offenbar im Interesse des Josef-Stifts die dort begangenen Missethaten geradezu als den Gipfel christlicher Erziehungshinzieht, ist, um zum Fall 2 zu kommen, eben nicht zu erwarten, daß jetzt plötzlich in diesem „christlichen“ Institut eine Garantie gegen die Wiederaufnahme der Prügelpädagogik gegeben ist.

Oben ist hinlänglich ein zweiter Kniff, den die „Germania“ zur höheren Ehre ihrer Prügelpädagogik zum besten giebt. Die Zeitung spielt den Trumpf aus, daß der Stadtverordneten-Ausschuss bei seinem Antrag auf Entfernung der Berliner Kinder aus dem Stift auf die 150 000 Katholiken in Berlin keine Rücksicht genommen habe. Die 150 000 Katholiken in Berlin werden sich unseres Erachtens höchst, aber entschieden vor der „Germania“ als ihrer Sachwalterin bedanken, und soweit sie sich in diesem Falle überhaupt auf den Zusatz ihrer Religionsangehörigkeit bestimmen, gerade dem Stadtverordneten-Ausschuss als eifrigen und entscheidenden Förderer ihrer Interessen verpflichtet fühlen. Es heißt doch alle Begriffe von Logik und Recht auf den Kopf stellen, wenn man als Katholikenfeinde die Leute hinstellt, die sich um das Wohlergehen der katholischen Waisenkinder mühen, die dafür sorgen, daß eine katholische Mutter ihre Augen ruhig schließen kann, ohne daß sie in ihrer letzten Stunde besüchtern muß, ihre Lieben der Pädagogik der 50 Städtische überantwortet zu sehen. Wenn irgendwo auf der Welt von Katholiken Feindschaft zu reden war, so bei der Heiligen „Germania“, die in den letzten Wochen tagtäglich die Behauptung der armen Waisenkinder katholischer Religion verherberlicht und damit sowohl der katholischen Religion als auch der katholischen Bevölkerung den größtmöglichen Schimpf angethan hat.

Wer heute abend in der Stadtverordneten-Versammlung das allgemein menschliche Interesse und das Interesse der katholischen Einwohner Berlins wahrnehmen will, der hat dafür zu sorgen, daß jede Verbindung zwischen der Stadtverwaltung und dem Potsdamer Institut aufhöre!

Das Programm des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit, der bekanntlich vom 24. bis 27. Mai hier tagt, ist soeben herausgegeben worden. Es weist fünf Vorträge und daneben eine Reihe Auszüge und geistlicher Veranstaltungen auf, die zum Teil, wie die Besuche der Heilstätten, mit dem Zweck des Kongresses im Zusammenhang stehen, zum Teil aber nur dem Vergnügen dienen. Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden. Bedenklich aber erscheint das ungehörige Maß von Höflichkeit, mit dem der Ausschuss des Kongresses zu glänzen sucht. Sowohl für die Eröffnung des Kongresses im Reichstagsaal als auch für die Empfangsfeierlichkeit im Rathaus ist Grad und weiche Binde vorgeschrieben. Damit ist den Krankenkassenvorständen, von denen kaum einer im Besitz eines Gesellschaftsausweises sein dürfte, die Teilnahme an einem Teil der Veranstaltungen unmöglich gemacht. Dieser strenge Ausschluß protestarischer Teilnehmer würde von diesem am Ende mit Gleichmut hingenommen werden, wenn es sich nur um gebaltlose Feierlichkeiten mit patriotischen Hochrufen handelte. Ausdrücklich ist aber an die Eröffnungsfest mit Grad und weicher Binde den anscheinend wichtigsten Vortrag angeschlossen worden, nämlich der über die Ausbreitung der Tuberkulose. Somit müssen die Arbeiter-Teilnehmer auf die Beteiligung an einem für sie wahrlich recht bedeutsamen Teil des Kongresses verzichten. Unseres Erachtens ist aber durch diese Höflichkeit auch den übrigen Besuchern ein völlig unüberwindlicher Zwang auferlegt worden. Es wird den Auswärtigen zugemutet, ein auf Reisen ziemlich überflüssiges Möbel mitzuschleppen, und das einzig um einem Verlangen zu genügen, das dem Ceremonienmeister irgend eines Ceremonien alle Ehre machen würde, das aber auf einer ersten Veranstaltung, wie dem Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose, kaum einen vernünftigen Zweck hat.

„Die Wohlfahrts-Einrichtungen Berlins und seiner Vororte“ heißt ein von der Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur herausgegebenes Auskunftsbuch, das jetzt in zweiter Auflage vorliegt. Dies zuerst vor sechs Jahren erschienene Werk ist unzweifelhaft vielen im öffentlichen Leben stehenden Personen und namentlich allen, die im Dienst der Kommune ein Ehrenamt versehen, eine willkommenes Gaben. Es enthält in übersichtlicher Ordnung man kann fast sagen sämtliche Wohltätigkeits-Organisationen, Stiftungen, Wohlfahrts-Einrichtungen der Reichshauptstadt sowohl als auch ihrer Vororte mit Angabe ihrer Zweckbestimmung usw. aufgezählt. Außerdem verbreitet es sich über die Organisation der städtischen Armenverwaltung und die Tätigkeit ihrer Organe und führt ingleichen die sozialen Institutionen im weiteren Sinne, so die Bildungsanstalten, Heilanstalten, Wäber usw. auf. Wenn das Buch unter den Wohlfahrts-Einrichtungen die Berufsorganisationen nicht verzeichnet enthält, so glauben die Herausgeber, wie schon in der ersten Auflage bemerkt, daß erst ein auf breiterer Grundlage anzulegendes Werk auch sie in seinem Rahmen aufnehmen dürfte. In der neuen Auflage finden sich manche praktische Änderungen; u. a. sind, wie der neue Titel schon besagt, die Vororte Berlins entsprechend mit berücksichtigt worden. Das im Verlage von Julius Springer erschienene Werk, um dessen Herstellung sich neuerdings Frau Mathilde Küstermann und Herr Dr. phil. Albert Levy besonders verdient gemacht haben, wird gewiß die ihm gebührende Beachtung finden.

Das fünfzigjährige Bestehen der Bahnposten ist am Montag bei Aroll im Besitze des Herrn v. Pöbbeckel zu einer Feier verbunden mit den üblichen patriotischen Ausübungen, bemerkt worden. Es scheint, daß an der Veranstaltung nur höhere Beamte teilgenommen haben; Postillons vom Postamt durften aber in Galauniform an den Eingängen die Ehrenwache halten.

Interessenkampf. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister hat am Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, in welcher darum gebeten wird, bei der in Aussicht genommenen gesetzlichen Regelung der Stellung der Grundstücks- und Hypothekensmakler darauf Rücksicht zu nehmen, daß zu dem Geschäft eines Grundstücksmaklers nur solche Personen zugelassen werden, welche die hierzu erforderlichen Geschäft- und Rechtskenntnisse und die dazu unerlässliche Lauterkeit des Charakters, Redlichaffenheit und Zuverlässigkeit besitzen. — Daraufhin hat der Verein der Berliner Grundstücks- und Hypothekensmakler zum 27. und 28. Mai eine Konferenz nach Berlin einberufen, welche eine Denkschrift an Reichstag und Bundesrat beraten, zu derselben Frage Stellung nehmen und die nach Ansicht des Vereins unrichtigen Behauptungen des genannten Innungsverbandes widerlegen soll.

Die Eröffnung des Volkstheaters im Stadtbahn-Vertriebe, dessen projektirte Änderungen wir bereits mittheilten, wird schon im nächsten Jahre erfolgen, nachdem die Verbindung an der Westseite der Ringbahn fertiggestellt ist. Um jedoch einen ununterbrochenen Anschluß des Ringverkehrs mit dem Stadtbetriebe zu unterhalten, wird, wie wir in Ergänzung unserer früheren Nachrichten hinzufügen können, der Stadtverkehr auf der Westseite eine Ausdehnung erfahren, indem die Trains, die jetzt auf Station Charlottenburg tot auslaufen, bis Halensee geleitet werden. Der Stadtverkehr wird demnach vom 1. Mai 1900 ab zwischen Lichterfelde einerseits und Westend resp. Halensee andererseits sich ausdehnen.

In der Singerschen Mordaffäre hat jetzt eine neue Verhaftung stattgefunden. In Krimmischau ist der Kupferschmied Johannes Oskar Mufche in Haft genommen worden, weil er sich durch allenthalben geäußerte Meinungen über die Mordaffäre verdächtig gemacht haben soll. Was an der Geschichte ist, bleibt abzuwarten. Bisher hat es sich um nichts anderes als um Redensarten, die ein roher Patron am Bierisch gemacht hat.

Der hundertste Geburtstag von Wilhelm Adolf Lette, der in Gemeinschaft mit Gneist und Friedrich v. Kummer den Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse, ferner den Handwerkerverein, den Verein zur Förderung der Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechtes und die Pestalozzifistung begründet hat, wird heute von mehreren Vereinen festlich begangen.

Trauriges Schicksal. Der Lebensmüde, der sich vor einigen Tagen auf dem Stettiner Bahnhof eine Kugel in den Kopf schoß und schwer verwundet nach der Charité gebracht wurde, ist noch immer nicht festgesetzt. Der Unglückliche hat durch die Schußverletzung sein Augenlicht verloren und ist infolge dessen geistesgestört geworden. — Der Lehrer Knast aus Pantow, der vor längerer Zeit bei einem Selbstmordversuch infolge einer Schußwunde ebenfalls auf beiden Augen erblindete, ist aus dem Krankenhaus in eine Blindenanstalt übergeführt worden.

Die gefährlichste Malfaserplage scheint in diesem Jahre ausbleiben zu sollen. Die Ursache ist wohl in dem ungewöhnlich kalten Mai zu suchen. Nur ganz vereinzelt haben sich bisher die Malfaser an die Oberfläche gewagt.

Zeugenauftrag. Am Donnerstag, den 27. April, mittags 11 1/2 Uhr, ist die 75 Jahre alte Handarbeitslehrerin Wilhelmine Kaiser in der Alten Schönhauserstraße beim Uebersteigen des Pommers von der Steintrasse her von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und tödlich verletzt worden. Die Personen, welche Zeugen dieses Vorganges gewesen sind, werden dringend gebeten, sich mündlich oder schriftlich bei der Pflanzgerichts- oder Verstorbenen, der städtischen Lehrerin Fräulein Manthey, Bernauerstraße 11, Eingang Vordebenstraße, zu melden. Besonders wird der Arbeiter mit dem Steinhammer, der zu dem Führer auf den Perron stieg, um Angabe seiner Adresse gebeten.

Nach Vermutungen verschwunden ist der 38 Jahre alte Bureauvorsteher Heinrich Müller, der bei dem Rechtsanwalt und Notar Große in der Reindendorferstraße 20 angestellt war. Als Müller nach Entdeckung der Unterschleife vor acht Tagen entlassen wurde, ging er nach seiner Wohnung in der Schumannstraße 33, entfernte sich aber bald wieder unter dem Vorgeben, daß er wieder zum Rechtsanwalt gehe. Am selben Tage noch teilte er seiner Frau, die von der Entlassung keine Kenntnis hatte, durch einen Korbpostbrief mit, daß er sich das Leben nehmen werde. Dieser Brief ist aber wahrscheinlich nur auf Irreführung berechnet. Man glaubt, daß Müller mit dem unterschlagenen Gelde durchgebrannt ist.

Zu der Angelegenheit der Versammlung, welche die Garantiefondszeichner am vorigen Freitag abgehalten haben, sendet uns Herr Rechtsanwalt Sachs folgende Zuschrift: „In Ihrer Nummer vom 7. Mai veröffentlichten Sie einen Bericht über eine am Freitag stattgehabte Versammlung von Garantiefondszeichnern der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896. Dieser Bericht befaßt unter anderem: „In den Büchern der Lotteriekommmission befinden sich Gewinnlose, welche gefälscht seien, und zwar zu dem Zwecke, um die darauf entfallenden Gewinne, welche nicht abgeholt werden konnten, bei Seite zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft habe inzwischen die Bücher beschlagnahmt.“ Demgegenüber teile ich Ihnen namens der Ausstellungsleitung ergebenst zur Aufklärung mit: 1. daß bei dem ganzen Vorgange es sich nicht etwa um die Lotteriekommmission als solche gehandelt hat, sondern um Erhebungen, die gegen ein oder zwei frühere Angestellte der Ausstellung vorgenommen worden sind; 2. daß damals einige Mappen, die Gewinnlose enthielten, mit Beschlag belegt worden sind, und daß außerdem — da der Ausstellungsleitung an der Klarstellung des Sachverhalts in höchstem Maße gelegen war — weitere Bücher der Behörde freiwillig zur Verfügung gestellt worden sind; 3. daß nach gewordenen Mitteilungen das Verschwinden gegen jene früheren Angestellten eingestellt ist; 4. daß endlich die oben erwähnten Mappen und Bücher dem Ausstellungs-Bureau längst zurückgegeben worden sind. Auch die fernere Behauptung des Berichtes, daß Lieferanten veranlaßt worden seien, falsche Rechnungen auszustellen, ist unrichtig. Daß Entnahmen des Ausstellungs-Unternehmens unterschlagen worden, ist der Ausstellungsleitung nicht bekannt.“ Demnach scheint man in der Versammlung ganz gehörig gestunnt zu haben.

Gleichzeitig mit dem durchgebrannten Lehrling Friedrich Haase ist der am 21. September 1875 in Danzig geborene Hausdiener im Friedrich-Wilhelms-Hospital Hermann Ruhn verschwunden. Ruhn ist von Profession Maler und erst vor kurzem aus der Fremdenlegation zurückgekehrt; er spricht französisch, englisch und spanisch. Vor drei Wochen trat er seine letzte Stelle an und lernte dort den Haase kennen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Ruhn den Haase zu der Unterschlagung verleitet hat, zumal letzterer sehr leichtgläubig ist.

Beim Absteigen von einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Gesundbrunnen-Kreuzberg während der Fahrt ist gestern nachmittags (Dienstag) der 50 Jahre alte Dreikontenführer Emil Vander aus der Glemstraße 14 schwer verunglückt. Er ließ den Wagen nicht los, kam zu Falle, wurde eine ganze Strecke mitgeschleift und zog sich außer inneren Verletzungen und Hautabschürfungen am Kopf einen doppelten Bruch des rechten Beines zu. Ein Arzt von der Rettungswache in der Kasernen-Allee legte dem Verunglückten in einer Gastwirtschaft der Brunnenstraße 103, wo der Unfall sich zutrug, einen Verband an und ließ ihn dann mit einem Ländchen Wagen in das Lazarus-Krankenhaus bringen.

Nach Spandau gebracht worden ist gestern der Unteroffizier Wuh von der 1. Compagnie des 17. Pionier-Bataillons in Stettin. Wuh entwendete nachts aus der Compagniekasse, zu der er einen Schlüssel hatte, 20 Mark. Als man bei einer Durchsuchung den Be-

trag in kleinen Münzen bei ihm fand, legte er ein Geständnis ab. Er wurde zu fünf Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Gefunden wurde am 1. Mai im Lokale von Zimmermann in der Badstraße ein Kinderkragen. Derselbe kam bei S. Raschle, Hochstr. 32 b, in Empfang genommen werden.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. In der Fehrbellinerstraße überfuhr ein Flaschenbiertwagen eine 65 Jahre alte Frau. Der Kutscher war nach Angabe von Augenzeugen trotz des lebhaften, auf der Straße herrschenden Verkehrs im Galopp gefahren und versuchte, als er das von ihm angerichtete Unglück sah, in derselben Gegendart zu flüchten, wurde aber aufgehalten und als der Kutscher Stellung festgesetzt. Die anfänglich zwar ohnmächtig gewordene, glücklicherweise aber anscheinend nicht schwer verletzte Frau wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Die (auch von uns wiederergebene) Mitteilung eines hiesigen Blattes, wonach auf dem Kottbuser Damm ein Mann von der elektrischen Straßenbahn erfasst und dergestalt überfahren worden sei, daß ihm der Kopf glatt vom Rumpf getrennt wurde, wird von dem Polizeibericht für erfunden erklärt.

Wegen Unterschlagung wird der 30 Jahre alte Civilingenieur Friedrich Wilhelm F. aus Alt-Moabit 46 von der Staatsanwaltschaft Berlin I hiebweislich verfolgt. F., der aus Warschau gebürtig ist, wohnte seit 2 1/2 Jahren in dem genannten Hause und hatte seit dem 1. Oktober v. J. in der Spenerstr. 18 eine Fahrradhandlung. Von mehreren Fabrikanten bezog er große Posten zum Kommissionsvertrieb, sah die Räder los und lieferte den Erlös nicht ab. Den größten Teil des unterschlagenen Geldes hat er wohl durchgebracht, da er ein sehr lockeres Leben führte. Als sich sein Treiben nicht länger verbergen ließ, brante er bei Nacht und Nebel durch und ließ seine Frau mittellos zurück. Ein Bekannter von ihm, der sich für ihn an einer Stelle verbürgte, büßt gegen 2000 M. ein.

Herr Max Laurence vom Schiller-Theater veranlaßt zum 17. Mai einen Vortragabend im Bürgerhalle des Rathhauses. In einer Reihe culturischer Dichtungen, a) moderne Soldatenlieder, b) moderne Arbeiterlieder, c) moderne Natur-Lyrik, werden die ersten Vertreter der Gegenwart zum Wort kommen.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung des Schwanen-„Zwei glückliche Tage“ von Schöndöner und Adelberg. Die Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Friedrich Weinholz; Karl Dohlen; Bertha Dornfeld; Käthe; Elsa Seitz; Hugo Witte; Otto Pablan; Gertrud; Paula Lebermann; Christiane Holwig; Agnes Werner; Kästner; Alfred Schmalow; Joseph Freisinger; August Weigert; Morawetz; Julius Egen; Kustke; Ernst Weisau.

Feuerbericht. Aus geringfügiger Ursache erfolgte Dienstagabend 8 Uhr ein Alarm nach Friedrichstraße 78. Gegen Mittag wurde die Wehr nach Köpenickerstraße 67 gerufen, wo in der elektrotechnischen Fabrik von Mix und Gneist durch Ueberlösen von Wachs ein Brand entstanden war, der den Fabrikraum stark gefährdete und erst nach halbstündigem Wassergeben beseitigt werden konnte. Im übrigen sind aus den letzten Tagen nur ganz unbedeutende Brände zu verzeichnen. Denselben 19 brannten Papierabfälle und Weidenkörbe. Markgrafenstr. 66 war ein kleiner Zimmerbrand abzulösen, während Linkstr. 10 die Schalbede und Volstenlage Feuer gefangen hatten. Reindendorferstraße 63 misste ein Schornsteinbrand beseitigt werden. Kleine Zimmerbrände verursachten Alarm nach Köpenickerstraße 76, Wilhelmstraße 141, Kaiserstraße 14, Putzburgerstraße 41 und Currystraße 34.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen von Groß-Richterfelde. Am 12. Mai findet die Gemeinde- und Wahlerversammlung für die III. Wählerklasse des 2. Bezirks westlich der Bärte statt. Die am 8. d. M. stattgefundene Kommunalwähler-Versammlung hat sich einstimmig für die Beteiligung an der Wahl ausgesprochen und den Genossen Zeitungspedienten M. Wenzel, Lantwigerstr. 6, als Kandidaten nominiert.

Die Wahl findet von nachmittags 4—8 Uhr im Restaurant Fichtel, Ahlmannstraße (Victoriaplatz), statt. Es ist Pflicht der Arbeiter, Mann für Mann an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben. Nur durch intensive Thätigkeit unsererseits und Aufrüttelung der Säumnigen kann der Sieg unseres Kandidaten herbeigeführt werden. Die Parteigenossen werden ersucht, am Donnerstag früh 8 Uhr zahlreich im Restaurant Bagel zur Flugblattverteilung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Zur Lokalliste. In Fichtenau ist das Lokal C. Koch & Curpari frei. In Schönheide steht das Lokal von Th. Höpferbeder der Arbeiterschaft ebenfalls zur Verfügung. Die Lokalkommision J. A. E. Mertens, Friedr. Schlegel, das Lokal „Wirtshaus von Broden“, Inhaber W. A. Heberg u. Leo, in der Scharnweberstr. 120 zu Reindendorf, steht der Arbeiterschaft unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommision von Reindendorf.

Schöneberg. Mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung am Montag. Der Magistrat verlangt eine Beschlußfassung über verschiedene Vorlagen betreffend Genehmigung der Asphaltierung resp. Pflasterung einer Reihe von Straßen. So werden für die Wielandstraße 50 000 Mark, Hedwigstraße 20 400 Mark und für die Bahndorferstraße 4600 Mark für Asphaltierung verlangt. Genosse Rauch wendet sich gegen diese Genehmigung, da in Schöneberg sich Straßen befinden, bei denen eine Änderung viel eher am Platze sei. Auch die Herstellung der verlängerten Eisenacherstraße mit Asphalt sei unthunlich, da diese Straße erst vor wenigen Monaten neu aufgeschüttet und daher Senkungen ausgeht sei, die eine sehr baldige Reparatur notwendig machten. Er beantrage eine provisorische Pflasterung, der auch nach längerer Debatte zugestimmt wurde. Ohne erheblichen Widerspruch wird die Asphaltierung der Eisenbahnstraße, zwischen May- und Neue Winterfeldtstraße mit einem Kostenaufwand von 33 500 M., die Pflasterung der Helmstraße mit 32 000 M. und der Koburgstraße mit 48 000 M., beide mit Reihensteine 3. Klasse mit Bitumenanstrich, beschlossen. Bei dem Bericht des Ausschusses für die Beschaffung eines Elektrizitätswerkes kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Magistrat hatte bekanntlich unterm 4. April den Stadtverordneten mitgeteilt, daß er zur Beschaffung des Werkes nur zwei Wege empfehlen könne, entweder wie in Berlin die Erteilung einer Konzession auf 15 Jahre, oder nach dem Vorgange Charlottenburgs die Errichtung eines Werkes auf eigene Rechnung und dessen Verpachtung auf 10 Jahre. Diesen Standpunkt nahm der Magistrat so lange ein, als die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, welche das erste Angebot abgab, nicht weitere Zugeständnisse machte. Diese Zugeständnisse sind nunmehr erfolgt und ersucht der Magistrat die Stadtverordneten, daher dem Vertrage auf dieser neuen Grundlage die Zustimmung zu geben. Der Ausschuss ist mit diesen Forderungen des Magistrats einverstanden, fordert jedoch im Interesse mehrerer größerer Vertriebe, die die Einführung von Elektrizität bis spätestens zum 1. November beantragen, eine sofortige provisorische Kabellegung. Gegen diese eigentümliche Abweichung vom früheren Standpunkte wendet sich in der energischsten Weise Genosse Obst. Es sei ihm unverständlich, wie man innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen zu einem so von der früheren Vorlage verschiedenen Antrag kommen konnte. Man komme zu dem Gedanken, daß solches nicht auf „natürlichen“ Wege zugegangen sei. Die Bürgerwehr würde es nicht verstehen, wenn man jetzt, nach den traurigen Erfahrungen der Stadt Berlin mit solchen Gesellschaften, hier mit einmal von der Errichtung eines eigenen Werkes Abstand nehmen wolle, um für irgend eine Privatgesellschaft ein Monopol zu schaffen. In erregter Weise wendet sich der Stadt. Richter gegen Obst. Die Kabellegungsfrage wurde angenommen.

Vom Verstromungstreben. Der Amtsausschuss zu Trieb hatte sich nochmals mit dem Antrage Dudow, den Erlaß einer

Polizeiverordnung für Dudow betreffend das Verbot der Zulassung jugendlicher Personen zu Tanzlustbarkeiten anlangend, zu befassen, nachdem die Beschlußfassung in dieser Angelegenheit in der vorhergegangenen Sitzung bis nach Anhörung der Vertreter Dudows vertagt worden war. Amtsvorsteher Negling vertrat wiederum den Standpunkt, daß Eltern und Dienstherren weiß besser in der Lage wären, in dem gewünschten Sinne auf jugendliche Personen Einfluß auszuüben, als dies durch eine Polizeiverordnung zu ermöglichen sein würde. Auch hätte eine derartige lokale Verordnung keinen großen Zweck. Gemeindevorsteher Höft-Dudow gab dagegen seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Eltern sich um ihre Kinder, wenn dieselben eingeeignet wären, gar nicht sehr kümmern und auch nichts dagegen hätten, wenn sich dieselben auf den Tanzböden herumtrieben. Die Dienstherren seien demgegenüber völlig machtlos. Hier könne nur ein polizeiliches Verbot die erstehende Hilfe bringen. Der Amtsausschuss beschloß demnach, die gewünschte Polizeiverordnung, betreffend das Verbot der Teilnahme an öffentlichen Tanzlustbarkeiten von Personen unter 16 Jahren für Dudow zu erlassen.

Im Zeichen des Verkehrs. Große Aufregung herrscht unter den Telephonteilnehmern in den Vororten Berlins infolge einer neuen Maßregel der Ober-Postdirektion, wodurch die Teilnehmer, namentlich soweit sie Geschäftsleute sind, empfindlich geschädigt werden. Am Sonnabend sind nämlich in sämtlichen Berliner Vororten diejenigen Personen, welche Fernsprechanruf haben, von der Postbehörde aufgefordert worden, für jedes Gespräch, welches Fremde oder Gäste durch den Apparat führen, einen Betrag von 2 Pfennigen zu erheben und diese Summe dem mit der Einkassierung beauftragten Beamten einzuhändigen. Durch diese Maßregel fühlen sich namentlich die kleineren und mittleren Gastwirte und Geschäftsleute schwer getroffen, da sie das Telephon hauptsächlich nur ihrer Kunden wegen halten.

Bei dem Brande auf dem Messegute Klein-Bietzen ist das dortige Arbeiterwohnhaus, in welchem drei Familien untergebracht waren, vernichtet worden. Die Gemeindeverwaltung von Steglitz hat daraufhin beschlossen, einen Neubau mit vier Arbeiterwohnungen errichten und die noch vorhandenen zwei Arbeiterwohnungen, welche sich in einem nicht menschenwürdigen Zustande befinden, in Ordnung bringen zu lassen. Auch an Stelle der abgebrannten Scheune und eines Schuppens sollen massive Neubauten errichtet werden.

Hochwassergefahr. Auch die Spree ist infolge der starken Niederschläge der letzten Tage gewaltig angeschwollen. Von mehreren an der Spree gelegenen Orten wird bereits Hochwasser gemeldet; bei Kottbus hat die Wasserhöhe bald den Hochwasserstand vom August 1897 erreicht. Im Spreewald, wo das Hochwasser erst in einigen Tagen seinen höchsten Stand erreichen wird, sieht man die gewaltigen in die Niederung hereinflutenden Wassermengen mit Besorgnis erscheinen. Viele Besitzer, besonders in Burg, haben schon nach Kräften Vorkehrungen getroffen, um den unwillkommenen Gast, das Hochwasser, von ihrem Besitztum fernzuhalten.

Ein grauenhafter Fund ist am Sonntag bei Pichelswerder gemacht worden. Die Habel trieb das mit Schnürschuh und Strumpf bekleidete Bein einer weiblichen Person ans Ufer der Insel. Der Körperrest war vom Rumpf glatt abgetrennt. Hiermit in Zusammenhang steht offenbar ein vor kurzem bei Schildhorn vorgekommener Fund; da ist der fast unbekleidete Oberkörper einer Frauensperson ans Ufer gespült worden. Es ist unangenehm, wie der Körper in solcher Weise zerstückelt werden konnte. Inzesh ist nicht ausgeschlossen, daß eine Schiffschraube den im Wasser schwimmenden Leichnam in der Mitte auseinander geschnitten hat.

Gerichts-Beitung.

Verfälschte Notigung war den Steinträgern Schulz und Goldmann zur Last gelegt worden, die deshalb am 8. Mai vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I als Angeklagte standen. Der Fall beweist, wie leicht Arbeiter auf die Anklagebank kommen können, wenn sie in den Verdacht geraten, sich an irgend welchen Ausschreitungen beteiligt zu haben, die im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Bewegung stehen sollen. Auf einem Neubau in der Bergstraße 37 war es zwischen Weihnachten und Neujahr zu Differenzen gekommen, weil der Polier am dritten Feiertage von den Steinträgern verlangt hatte, sie sollten bis abends 8 Uhr arbeiten, sie weigerten sich und darauf wurde der Steinträger Schulz entlassen; sein Kollege Goldmann legte selbst die Arbeit nieder. Sie fanden schnell eine andere Stelle und kamen am Tage darauf in die Restauration von Schramm, wo sie ihr Arbeitszeug niedergelegt hatten. Dort befanden sich auch die Arbeiter Grupla und Effenberger, die weitergearbeitet hatten. Infolge einer Bemerkung von Schulz, die — wie dieser meint — Grupla rein aus Mißverständnis auf sich bezog, kam es zu einer kurzen wörtlichen Auseinandersetzung, bei der aber, wie Grupla und Effenberger selbst sagen, ihnen Schulz in keiner Weise zu nahe getreten ist. Gleichzeitig war im Lokal der Arbeiter Scheinmann, der stark betrunken war; dieser schimpfte den Effenberger und schlug den Grupla. Der Steinträger Schulz bemähte sich selbst mit Erfolg, den Scheinmann von weiteren Ausschreitungen zurückzuhalten. Scheinmann, und merkwürdigerweise auch Schulz und Goldmann, wurden deshalb angeklagt, die beiden letzteren offenbar nur, weil im Vorverfahren die Belastungszeugen sich etwas allgemein dahin ausgedrückt hatten, sie wären beschimpft worden. In der Hauptverhandlung stellte sich heraus, daß Goldmann überhaupt nichts gesagt hatte, so daß seine Freisprechung selbst vom Staatsanwalt beantragt wurde. Schulz sollte, als sich der Wirt Schramm zwischen die Streitenden warf, um sie auseinander zu dringen, gerufen haben: „Werden Sie bloß nicht gemein, dann werden wir's auch.“ Der Staatsanwalt sah darin eine Beihilfe zu der Mißhandlung (1), die Scheinmann gegen Grupla verübte. Schulz lärtete aber dies dahin auf, daß die Worte Grupla und Scheinmann gegolten hätten. Der Verteidiger von Schulz und Goldmann, Rechtsanwalt Heine, wies darauf hin, daß diese Erklärung viel besser im Einklange mit der Handlungsweise des Schulz stünde, als die Auffassung des Staatsanwalts. Das Gericht sah die Sache auch so auf und sprach Schulz und Goldmann frei.

Bei der Zeugenernehmung entwickelte sich noch eine charakteristische Diskussion zwischen dem Angeklagten Scheinmann und dem Zeugen Grupla. Scheinmann hielt — wohl zu seiner Entlastung — für nötig, hervorzuheben, daß er von der Organisation der Arbeiter nichts wissen wollte, und machte dem Zeugen Grupla, den er in der Trunkenheit gemißhandelt hatte, zum Vorwurf, daß dieser ihn einmal habe bewegen wollen, der Organisation beizutreten. Scheinmann wurde trotzdem zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Zu der Privatklage des Fabrikanten O. Weigert gegen den Stadtverordneten Rast, bei welcher es sich um Vorgänge bei einer Kommunalwahl-Agitation handelt, stand gestern abermals Termin vor dem Schöffengericht an. Herr Weigert, welcher beabsichtigt, für die Stadtverordneten-Versammlung zu kandidieren, hatte mit der Gegnerschaft des Stadt. Rast zu kämpfen, der u. a. auch eine im Juni 1875 erschienene, gegen Herrn Weigert gerichtete Broschüre mehreren Bezugsverhältnissen zur Kenntnisnahme unterbreitete. Die von dem früheren Redacteur der „Allgemeinen Vorkriegszeitung“, J. Gollander, verfaßte Broschüre behandelte die Verhältnisse der Herzfelder Dampfzettel-Alliengemeinschaft und stellte über die angebliche Thätigkeit des Herrn Weigert bei dieser Gesellschaft, die zu Unngunsten der Aktionäre ausgefallen sei, eine Reihe schwer beleidigender Behauptungen auf. Der Anwalt des klägers Justizrat Adel warnte darauf brieflich Herrn Rast, die Behauptungen der Broschüre weiter zu verbreiten, da seiner Zeit Gollander wegen derselben zu harten Strafen verurteilt worden sei. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat von Prosigl, stellte aus den gegen Gollander ergangenen Urteilen, die bis zu 1000 M. Geldstrafe

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 10. Mai.
Opernhaus. Die Fledermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Faust. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Hans. Borcher: Mutterherz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Wadefaison. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Der Schlafwagen. Controtolent. Borcher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Zwei glückliche Tage. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofkunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Lucia von Lammermoor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Gefährten.
Zusfen. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Die Schlinge. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Zum Wege ab! (5 Jahre Jugendhaus.) Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshafen. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Alexandria. Wer ist der Mörder? Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Das Versprechen hinter'm Herd. Cousin. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säng. Anfang 8 Uhr.
Jesu. Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hrania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon.
Jugendstr. 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmale:
Zwei glückliche Tage.
Schwan in 4 Akten von F. v. Schöningh und Gustav Radelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Central-Theater
Direktion: José Forencoy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau u. Sturges. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag nachmittags zu halben Preisen: Zum erstenmale in dieser Saison: Der Waldmeister. Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Ostend-Carl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Revität! Zum 1. Male: Revität!
Vom Wege ab!
(5 Jahre Jugendhaus.)
Drama in 4 Akten von B. Pavrenng. In Szene gesetzt von Rob. Wach.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung. Donnerstag im Garten: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Sensationalles Spezialitäten-Programm.
Mlle. Lidia.
José Hergini.
Meisterschafts-Jongleur i. Billardsalon.
Lui-Lui
mit dem ballspielenden Hund.
4 Nollset, 6 Glinzerotti, Kunststradler. Akrobaten.
Frid-Frid, Berliner Soubrette, Mariot, Humorist, Gregory, ikar. Spiele.
2 grosse Balletts.
60 Damen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Frau Luna.
Burlesk-phantastische Ausstattungs-Operette in 1 Akt mit 4 Bildern u. Apotheose von Bolten-Bickers. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Direktor E. Waldmann.
Im 4. Bilde: Das sensationelle „Luft-Ballett“, ausgef. von den Grigolatis.
Ferner: Zehn Spezialitäten ersten Ranges.
Me. u. Mr. Blanca-Desroches, Maria la Bella, Hella Collier.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 6-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Westf. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der unverwundbare Fakir Aratas.
Das 64jährige Wunderkind Marietta
(kann nur im Finstern sehen).
Von 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.
Neu umgestaltet und verschönert!!
Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.
Neu!!

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Humoristische Soiree der Norddeutschen Säng.
(Führmann, Horst, Walde).
Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Geschäfts-Eröffnung.
Meinen Arbeitskollegen, Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich Schulstr. 117, Ecke Warfstraße, eine Bier- u. Imbiss-Halle eröffnet habe, und bitte, mich auch in meinem neuen Unternehmen unterstützen zu wollen. Achtungsvoll
31585* Louis Göhe, Gastwirt.

Alcazar-Theater
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit jubelndem Beifall:
Das neue Mädchen.
Poffe mit Gesang v. D. Richter.
Neu! Unerwartet, Neu!
oder: So muß es kommen.
Poffe mit Ges. v. G. Schneider.
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säng.
(Weytel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Schneider und Schröder.)
Britton als Paufer. Zehnse.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Logo 1 Mk., Orchester-Logo 1,50 Mk. Fremdenlogo 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Donnerstag (Himmelfahrt):
Fest-Soiree.
Anfang 7 Uhr.

!! Achtung !!
„Waldkater“
Friedrichshagen.
Ruhe an der Bahn, herrlich im Walde gelegen. Neu renoviert.
Jeden Sonntag: Frei-Tanz!
Kaffeeläche. — Ausspannung. — Gute Regelbäder.
Allen Genossen und Vereinen empfohlen. Ergebenst
31509) Frick.

Fahrräder
verpfändet gewesen, gebraucht u. neue erstklassige Dämon-u. Herrenräder verkauft spottbillig 72/10*
Konzess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, 1.

Jacques Raphaëli
Ihn. Th. Büsing,
Berlin C., An der Spandauer Brücke 2.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Herren-Früjahrs- und Sommer-Paletots, nur beste Qualität, saub. Verarbeitung. Mk. 10, 14, 19, 24 etc.
Herren-Anzüge, einreihig in hochmodern. Façons, tadelloser Sitz, peinlich saub. Ausführung. Mk. 10, 14, 19, 24 etc.
Herren-Beinkleider, hell-, mittel- u. dunkelfarbig Mk. 2,80, 3,80, 4,80, 5,80 etc.
Herren-Anzüge n. Mass Mk. 32,-, 38,-, 43 etc. nach Mass
Sommer-Paletots Mk. 23,-, 27,-, 32,- etc.
Herren-Hosen n. Mass Mk. 8,75, 10,75, 13,50 etc.
Radfahr-Anzüge. 15820*
Joppen-Anzug aus halb. grünlichen Loden Mk. 7,30, 9,80, 11,-.
Fallen-Joppen-Anzug die Hose doppeltes Gesäss Mk. 12,50, 14,50, 16,50.
Herren-Sommer-Lodenjoppen in geschmackvollen Sportfarben, mit u. ohne Falten, M. 2,80, 3,50, 4,80, 12,-.
für jedes Alter.
Knaben-Anzüge Mk. 2,80, 3,50, 4,40, 5,50 etc.
Denkbar größtes Lager in **Schuhwaren, Cigarren, Cigaretten und Spirituosen.**
Bei Einkauf von Mk. 3 an Reiseflasche mit Liqueur gratis.
Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Achtung! Volksversammlung Achtung!
am Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im „Prater“, Kasanien-Allee 7.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: Die Lex Heinze — ein Feigenblatt für Anzucht? 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung! Maurer. Achtung!
Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 Uhr:
2 Mitglieder-Versammlungen der Ziliale II des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands.
Für den Westen: im Königshof, Für den Südosten: bei Brüder, Bülowstraße 37.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand. J. A.: Karl Panser.

Metallarbeiter!
Öffentliche Versammlung
am Mittwoch, den 10. Mai, abds. 8 Uhr, im Friedrichstädt. Kasino, Friedrichstr. 236.
Tages-Ordnung:
1. Was will die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft? 2. Diskussion. — Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der Einberfer.

Stuccateure!
Mittwoch, den 10. Mai, abends 6 Uhr, in den Arminihallen, Kommandantenstraße 20:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berührung der eingelaufenen Unterschriften. 2. Bericht über den Stand der Bewegung. 3. Regelung der Unterstufungsfrage.
178/19 Die Lohnkommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Heute, Mittwoch, den 10. Mai 1899, abends 8 Uhr, in Gründels Salon, Bismarckstr. 188:
Branchen-Versammlung
aller in der chirurgischen Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernheim: „Der Alkoholismus eine Kulturgefahr.“ 2. Berichterstattung von der Generalversammlung in Halle a. S. Saale. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Verbands-Angelegenheiten.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.
Die Bibliothek, welche durch umfangreiche Neuerwerbungen jetzt mehr als 2000 Bände zählt, befindet sich im Verbandsbureau, Annenstr. 39, pt. und ist geöffnet täglich in den Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags; außerdem Dienstags und Donnerstags und 7-9 Uhr abends.
111/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Charlottenburg.
Montag, den 15. Mai 1899, abends 8 Uhr, im Lokale von Leder, Bismarckstraße 74:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrt):
Herrenpartie nach Schulzendorf über Sautwinkel.
Abgang früh 6 Uhr vom Genossen Leder.
81/1 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Morgen 6 Uhr
Zweierband Tempel-
hofer Feld:
Tour nach Bernth.
(57 Kilometer).
11/14
Arbeiter-Radfahrer-Verein
„Vorwärts“.
Donnerstag, den 11. Mai: Tour
in den Wäldern der Glienke, Köpenick
morgens 5 1/2 Uhr. Beuststraße 9. —
Sitzung jeden Mittwoch nach dem 1.
und 15. im „Raschler Klubhaus“,
Beuststr. 9. Gäste willkommen.
11/13 Der Vorstand.

Anzüge nach Maß für Herren-Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tagesgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.
Verlangen Sie gratis!
meinen neuesten PRACHEN-KATALOG über
HAMMONIA-FAHRRÄDER
MITTOR-RÄDER
mit Zubehör-Teile
die billigste und zuverlässigste
und die allerbilligsten Preise
Hammonia-Fahrräder-Fabrik
A. H. UELTZEN, HAMBURG

Wer Geld
will sparen. Durch Einkauf von großen Posten auf Nutrioren und von Konfektionsmassen verkaufe ich von heute ab:
Hochelegante Herren-Sommer-Paletots von 9 W. 50 Pf. an.
Hochfeine Rock und Jackett-Anzüge von 12 W. 50 Pf. an.
Herren-Hosen von 2 W. 75 Pf. an.
Kellner-Hosen und Jackett von 4 W. 50 Pf. an.
Led. und Arbeitshosen von 1 W. 75 Pf. an.
Herren-Jacketts, Westen und Röcke in allen Größen, Anabenden und Burschen-Anzüge, Schirme, Hüte, Stiefel, Wäcker, Stiefel, Koffer, Ferngläser, Kessel, Revolver, Fechtstingel, Stockmesser, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Golduhren, Uhren, Ketten, Ringe, Gardinen, Portieren, Teppiche, Geldschränke, Kuffetten usw. 17410*
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Gelegenheitskäufe,
Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Teilzahlung monatlich 10 W. liefert elegante Herren-Garderobe n. Maß, Tomporowski, Sänkelberrstr. 16, II. an der Annenstr. (Nach dem Caffee billige Preise).
Allerlei Anzeigen.

Rebenverdienst.
Cigarengeschäft mit Schreibwaren (500 Mk.) sofort veräußert. Offerten 5032 Postamt Wedding.
Kohlengeschäft in Frankfurterstr. zu verk. Rautenstr. 84.
Selbstgeschäfft umständelhalber sofort billig veräußert. Gampthausenstr. 15.
Halbrenner und Danemad, Modell 99, allerfeinstes deutsches Fabrikat, hochlegant, wunderbar leicht laufend, muß ich spottbillig verkaufen. Vor noch 10 Monat. Preisstr. 34, I. I.
Villen-Terrain,
119 Auten, im Torort (30 Pf. Tour), hart an der Bahn, herrliche Lage via Park, verkauft mit Baum, 1850 Mark, Jörn, Jernend, Pankhof.
Kupferkessel, teckl. Matrizen 4 W. 50 Pf., Grämer, Pankhofstr. 24.
Rechtsbureau
des langj. Bureauvorsetzers Jacobi, Gr. Frankfurterstr. 85. Rat u. Auskunft in allen Angelegenheiten. Abends bis 9 Uhr, auch Sonntagsmorn. geöffnet

Hans Kayser
18902*
Gärtler Bahnhof, Platz 6.
Wichtige Begünstigung für Press- u. Steinkohlen.

Dr. Pinkus,
Spezialarzt für Lungenerkrankheiten und Tuberkulose im allgemeinen.
Friedrichstr. 211, II. Sprechstunde, 9-11, 4-5, für Unbemittelte 8-9.

Vermietungen.
Schlafstellen.
Freundl. Schlafst. sep. Eingang, Altonaerstr. 31, Hol. Quergeb. 2 Tr. 2.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Elsholz, Krautstr. 52, haben die Kollegen im Streik.
Bei der Firma Scherler, Himmelfstr. 79, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
In der Holzwerkstatt von Stehmann, Reichendergerstr. 142, und in der Fabrik für elektrotechnische Werkzeuge von Hirschmann, Johannistr. 14-15, sowie in der Fabrik von Otto Weiss & Co. sind sämtliche Arbeiter wegen Feiern des 1. Mai entlassen. 80/20
Zugang fernhalten.

Achtung! Metallarbeiter!
Bei Hirschmann, Johannistr. 14-15, und bei Rehnhardt & Cie., Köpenickerstr. 145, sind infolge der Weisener sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. 111/20
Die Ortsverwaltung des deutsch. Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Drechsler!
In der Bildhauerei von R. Wolf, Behrenstr. 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14
Zugang fernhalten.

Möbelpolierer.
Bei Müller, Krautstr. 37, sind die Kollegen gemahregelt. 142/3
Zugang fernzuhalten. Bitte der Vorstand des Verbandes.

Stellenangebote.
Orts-Krankenkasse der Schlosser u. verw. Gew.
Ein Bureau-Beamter wird zum 1. Juni d. J. verlangt.
Bewerber mit guter Handschrift wollen selbstgeschriebene Offerten unter Beifügung von Zeugnissen dem Bureau der Kasse, Neue Friedrichstr. 35, brieflich einreichen.
Mitglieder bevorzugt.
31598 Der Vorstand.

Steinmeyer auf Marmor verlangt Zache, Weichenstr. 129. 1788*
Grundriener auf Badelstein verl. 31528 Probst, Köpenickerstr. 37.
Packer verlangt 31529 C. Rotherberg, Friedenstr. 10.
1 Buchbinder auf Zugschloß und 3 Bellefpräger sofort verlangt 31515 Gorbährstr. 14.

Rammacher
sofort für dauernd gesucht.
Gustav Rüger,
Braunschweig.
Schmädchen, 14-16 J. monatl. Verg. v. Richter, Stralauer Allee 22a.
Gedächtnis Falzerinnen werden gesucht Vogel, Buchbinderstr. 31508
Gartend. 15.

Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 8. Mai.

In dem sehr reich mit Fahnen und Emblemen der einzelnen Gewerkschaften geschmückten Saale des Pfälzer Hofes in Bockenheim hat heute der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands seinen Anfang genommen. Vertreter sind 53 gewerkschaftliche Organisationen mit über 130 Delegierten.

Als Gäste sind der Vertreter der Gewerkschaften Dänemarks, J. Jensen - Kopenhagen, der Vertreter der Gewerkschaften Oesterreichs, Hueber - Wien, der Schweizerische Arbeitersekretär Hermann Greulich - Zürich, der Vorsitzende des Verbandes der Schuhmacher, J. Siebert - Nürnberg und der Redakteur des in Deutschland für italienische Arbeiter herausgegebenen Gewerkschaftsblattes L'Oporecio Italiano.

Die Tagesordnung lautet:

- 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.
4. Die Gewerbe-Inspektion.
5. Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe.
6. Die Arbeitsvermittlung.
7. Arbeitersekretariate.
8. Die Stellung der Gewerkschaftsvereine in der Gewerkschaftsorganisation Deutschlands.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Im Auftrage der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften eröffnet der Vorsitzende der Generalkommission C. Legien den Kongress und heißt die Delegierten willkommen. Er gibt zunächst einen kurzen Rückblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftskonferenzen und -kongresse. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist ein stetiges Wachsen der Bewegung zu konstatieren, sie hat heute einen höheren Stand als jemals erreicht. Wenn sie auch nicht andrückt und allen Wünschen entspricht, so wird sie doch respektiert von den staatlichen Behörden wie vom Unternehmertum. Heute gibt es keine trennenden Momente in der Gewerkschaftsbewegung mehr; die Sonder-Organisationen spielen so gut wie keine Rolle. Die drohende Zuchtmaßnahme wird ja auch unsere Verhandlungen beeinflussen, wir werden uns aber in unserer ruhigen praktischen Arbeit nicht stören lassen. Sprengt man schrittweise unsere Organisationen, so wird man die Gewerkschaftsbewegung doch nicht beseitigen können; sie wird auch so dem Unternehmertum Paroli bieten können. Wir werden vorläufig weiter thun, was wir für recht halten und die Schläge unserer Gegner erwarten. Wir werden dann so gefestigt dastehen, daß wir die Schläge unserer Gegner parieren können. Ich begrüße die Vertreter der ausländischen Gewerkschaften; sie kommen aus Ländern, in denen Vorschläge wie die Zuchtmaßnahme nicht gemacht worden sind. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Legien - Hamburg und Wömelburg - Hamburg gewählt. Als Schriftführer werden Drey - Hannover, Starke - Dresden, Seger - Leipzig und Müller - Hamburg ernannt. Wömelburg übernimmt für heute die Leitung. Es wird eine aus sieben Personen bestehende Mandatsprüfungskommission gewählt. Diese Kommission soll auch entscheiden, ob die von den Gegnern der Tarifgemeinschaft gebildete Sonder-Organisation der Buchdrucker auf dem Kongress zugelassen werden soll. Döblich, der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, erklärt, daß die Delegierten des Verbandes vor der Kommission keine Erklärung zur Sache abgeben werden. Von der Leipziger Sonderorganisation ist ein schriftlicher Protest eingelaufen, der sich darüber beschwert, daß die Generalkommission keine Beiträge von ihr annahm und daß sie die Zulassung eines Delegierten dieser Richtung zum Kongress mit der Begründung verweigerte, die Angelegenheit sei diejenige eines einzelnen Verusos und von diesem erledigt. Die Buchdruckerorganisation bezeichnet diese Entscheidung als unhaltbar, da die Leipziger Gewerkschaft auch Zentralorganisation sei und doch wenigstens zur Frage der Tarifgemeinschaft ein Delegierter zum Worte gelassen werden sollte. Man überläßt die Sache der Mandatsprüfungskommission und wählt diese aus sieben Delegierten.

Die Verhandlungen des Kongresses werden früh um 8 Uhr beginnen und unter Einrechnung einer einstündigen Mittagspause bis 6 Uhr dauern. Ueber die Tagungszeit am Himmelfahrtstage wird die Entscheidung ausgesetzt. Auf Antrag Boehlich - Berlin wird der Punkt 6 der Tagesordnung „Die Arbeitsvermittlung“ an vierte Stelle und der Punkt „Gewerbe-Inspektion“ an sechste Stelle gerückt. Von Wollender - Leipzig wird beantragt, zum Punkt Tarifgemeinschaft einen Korreferenten zu bestellen, er er bietet sich selbst, das Korreferat zu halten. Nach längerer Debatte, die sich namentlich um die Bestimmung dreht, daß die Buchdrucker statt die grundsätzliche Seite der Frage zu erörtern, ihre Verusosreitigkeiten vortragen würden, wird wohl die Aufstellung eines Korreferenten beschlossen.

aber nachdem Döblich - Berlin unter lautem Widerspruch erklärt hat, daß er und seine Freunde eine Wahl Wollenders zum Korreferenten als gegen den Buchdruckerverband gerichtet ansehen müßten, auf Antrag Seipart - Stuttgart die Bestellung Wollenders zum Korreferenten ausgesetzt, bis über die Zulassung der Sonderorganisation der Buchdrucker beschlossen ist.

Der Kongress tritt in die Beratung des Rechenschaftsberichts der Generalkommission ein. Legien - Hamburg führt aus: Die Generalkommission blickt auf eine erfolgreiche Thätigkeit zurück und sie verdankt ihre Erfolge dem Zusammenhange der Gewerkschaften. Alle Gewerkschaften von nennenswerter Bedeutung sind in der Generalkommission vereinigt. Aus den Quartalsberichten stand der Kommission beinahe die doppelte Einnahme zur Verfügung, wie zur Zeit des letzten Kongresses. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Beitragsquoten auf dem letzten Kongress fast auf die Hälfte reduziert worden sind. Die Gelder sind teilweise zur Agitation durch Verusosorganisationen, teilweise zur direkten Agitation durch die Generalkommission selbst (Flugblätter, Redner) verwendet worden. Die Kommission hat bei der Zuwendung von Unterstützungen Vorsicht walten lassen. Die Erfahrungen bei dem gleich nach der Gründung eingegangenen Schlichterverband nötigten dazu, Organisationen sollen zunächst aus eigener Kraft ihre Existenzberechtigung erweisen. Die wirtschaftliche Konjunktur mit der Agitation in den einzelnen Verbänden und nicht zum wenigsten mit dem Vorgehen unserer Gegner haben nicht geholfen. Auch das geheime Rundschreiben des Grafen Wladowsky hat Wunder gewirkt. Es hat den Glauben an die Arbeiterfürsorge seitens der Regierung zerstört. In Oberschlesien ist ein Arbeitersekretariat eingerichtet worden. Es liegen dort die Verhältnisse sehr eigenartig. Bei hochentwickelter Industrie großer Tiefstand des geistigen Niveaus der Arbeiter. Die Zweischichtigkeit erschwert dort die Agitation sehr. Wir versuchten es erst mit Zuschüssen für polnische Agitatoren, mühten aber die Ergründung machen, daß diese mehr die großpolnische, als die gewerkschaftliche Agitation betrieben. Es besteht der Plan, auch das schon vorhandene polnische Gewerkschaftsblatt „Gornik“ auf die Generalkommission zu übernehmen. Die Mitglieder- und Streiktarifstellen der Generalkommission haben sich glänzend bewährt, sie sind eine treffliche Waffe für den Koalitionskampf, der uns aufgezwungen wird, und diese Ansicht hat sich auch jetzt allgemein Bahn gebrochen, während man noch auf dem Kölner Parteitage anderer Ansicht war. Hätten sich die Gewerkschaften nur noch besser an dieser Statistik beteiligt, wir würden konstatieren können, daß auf 1000 Streikende nicht drei, sondern nur zwei kommen, die sich eines Vergehens schuldig gemacht haben. Die Erhebungen über die Verhältnisse der Hausindustrie und des Schwelzsystems konnte die Generalkommission nicht anstellen, das überstieg ihre Kräfte. Dagegen ist die Darstellung der Mißstände im Baugewerbe selbst vom Bundesratsrat aus anerkannt worden. Weiter sind Erhebungen über die Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe veranlaßt worden, die aber auch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. Als Darlehen sind im ganzen 17 000 M. an einzelne Centralverbände gewährt worden. Die Aufsichtsbehörde der Generalkommission, der Gewerkschaftsausschuss, hat die Verantwortung für diese Darlehen nicht übernehmen wollen, und der Kongress hat zu entscheiden. Wir hoffen, daß der Kongress den Beschlüssen der Generalkommission beitreten wird, ein Beschluß, der ja auch von dem Gewerkschaftsausschuss dem Kongress empfohlen wird. Die Generalkommission legt ihr Mandat in die Hände ihrer Auftraggeber zurück in dem Bewußtsein, daß sie nicht ganz unkonst gearbeitet hat. (Beifall.)

Die Revisoren beantragen Decharge für den Kassierer, die auch erfolgt.

In der Diskussion wird von Seipart - Stuttgart und Schrader - Hamburg auf die rüchständigen Beiträge hingewiesen, es müssen die Organisationen zur Beitragsleistung naturlich gezwungen werden.

Drunsel - Dresden befragt, daß unter den Zieglern energischer agitiert werden müge und zwar müsse ein Agitator aus den Zieglern selbst ausgesucht werden.

Dietsch - Stuttgart hätte gewünscht, daß statt im graphischen Gewerbe in einem anderen Gewerbe die Enquete von der Generalkommission veranlaßt worden wäre. Zunächst müßten die Gewerbe berücksichtigt werden, in denen die Lage der Arbeiter am ungünstigsten sei. Das sei aber im graphischen Gewerbe nicht der Fall. Wie er höre, habe die Enquete nicht einmal den gewünschten Erfolg gehabt, das Material werde kaum veröffentlicht werden können. Er stimme dem Antrag zu, daß die Generalkommission nicht alle General-Versammlungen bescheiden solle. Es könne da viel Geld eripart werden. Nachsicht bei rüchständigen Beiträgen sei nicht am Plage, die Institution des Gewerkschaftsausschusses bitte er beizubehalten, da er sich bewährt habe.

Sendler - Düsseldorf befragt eine größere Verächtlichung des Westens Deutschlands bei der von der Generalkommission ausgehenden Agitation.

Nach einer Sympathie-Erklärung für die im Lohnkampf stehenden Brauerei-Arbeiter Frankfurts läßt der Kongress eine Mittagspause eintreten.

Nachmittags-Sitzung.

In der von Wömelburg geleiteten Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission fortgesetzt. Die Diskussion dreht sich in der Hauptsache um die reifizierenden Beiträge, um die Verbeibaltung des Gewerkschaftsausschusses, um die Agitation unter Italienern und Polen.

Sassenbach - Berlin befürwortet stärkere Agitation unter den Polen. Knoll - Berlin wendet sich gegen den Vorschlag, die Generalkommission von den Generalversammlungen der Einzelverbände auszuschließen. Die Generalkommission müsse mit den Einzelorganisationen in lebendiger Fühlung bleiben. Hueber - Wien begrüßt namens der österreichischen Gewerkschaften die Delegierten und dankt ihnen für die Unterstützung in barem Gelde, die der österreichischen Bewegung von der deutschen zu teil geworden ist (600 M.). Er sei bestrebt gewesen, mit den italienischen Organisationen in Fühlung zu kommen, zuerst habe er mit Turati verhandelt. Es sei eine Organisation zur Klärung der auf den Slavemärkten verlaufenden italienischen Lohnkämpfe fertig gewesen, als die Mailänder Unruhen diese Rechnung wieder über den Haufen geworfen hätten. Im Orient sei jetzt ein von österreichischen und deutschen Arbeitern bezahlter Genosse ange stellt, der die durchziehenden Arbeiter aufzuklären und schon manchen Erfolg zu verzeichnen habe. In Oesterreich giebt es 150 000 organisierte Arbeiter, und trotz der geringen Zahl stellen sie eine Macht dar. Die österreichischen Arbeiter sehen immer noch nach Deutschland hinüber, namentlich bei dem jetzt eben ausgedrochenen Textilarbeiterstreik in Brunn wegen Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Kampf kann leicht noch einen Generalstreik sämtlicher Textilarbeiter Oesterreichs zur Folge haben. Auch für diesen Fall appellieren wir an Ihr Solidaritätsgefühl. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen von Wömelburg - Hamburg und Wuffe - Berlin wird die Diskussion geschlossen. In seinem Schlußwort geht Legien auf die Frage der reifizierenden Beiträge ein. Bei einzelnen Organisationen sei die Einziehung der Reste unmöglich, es handle sich auch meist gerade um solche Organisationen, die von der Generalkommission unterstützt werden müßten. Es habe also gar keinen Zweck, rigoros vorzugehen. Dietrich habe die Erhebung im graphischen Gewerbe benärgelt, die Enquete habe aber ergeben, daß in diesem angeblich am günstigsten gestellten Gewerbe namentlich in Berlin ganz unheimliche Zustände bestehen. Die Ergebnisse der Enquete würden demnächst veröffentlicht werden. Der Gewerkschaftsausschuss habe sich durchaus bewährt, er bitte, ihn zu behalten, vorausgesetzt, daß er wie bisher nur beratende Stimme beansprucht. Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission müge auf sieben Personen erhöht werden.

Der Generalkommission wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Das Weiterbestehen der Generalkommission wird ebenfalls einstimmig beschlossen. Der Gewerkschaftsausschuss soll weiter bestehen bleiben. Die Generalkommission soll künftig aus sieben Mitgliedern bestehen und auch weiter das Recht haben, Vertreter auf die Generalversammlungen der Einzelverbände zu senden. Die Beitragsreste, auch die vor dem 1. Juli 1899 liegenden, werden nicht gestrichen. Die im Rückstand befindlichen Organisationen werden verpflichtet, ihre Reste binnen drei Jahren zu bezahlen. Die im Jahre 1889 von der Generalkommission kontrahierten Schulden in Höhe von 15 230 M. sollen nunmehr zurückgezahlt werden. Eine Anrechnung, die Gläubiger zu erziehen, das Geld den Bränner Textilarbeitern zu überweisen, steht auf Widerspruch und wird deshalb vom Vorsitzenden fallen gelassen. Um alle auf die Generalkommission bezüglichen Anträge zu einer Resolution zusammenzufassen, wird eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen beschlossen.

Für die Mandatsprüfungskommission erstattet Dupont - Berlin Bericht. Es sind 127 Delegierte anwesend, die 493 038 Mitglieder vertreten. Größerer Beitragsreste wegen will die Kommission die Mandate der Cigarrenfortierere und Tabakarbeiter nicht anerkennen. Die Kommission hat ferner auch das Mandat des Vertreters der „Gewerkschaft der Buchdrucker“ mit 4 gegen 3 Stimmen nicht anerkannt und schlägt folgende Resolution vor: Die Kommission hält es nicht für die Aufgabe des Kongresses, sich in die tariflichen Streitigkeiten zwischen dem Verbands der Buchdrucker und der Gewerkschaft der Buchdrucker zu mischen. Der Kongress weiß es ab, Schiedsrichter zu sein in diesen Differenzen bei der einseitigen Darstellung des Sachverhalts seitens der Gewerkschaft der Buchdrucker in dem vorliegenden gedruckten Circular. Der Kongress erkennt den Verband der Buchdrucker als die einzig rechtmäßige Organisation an und find darum nur deren Vertreter zum Kongresse zuzulassen, das vom Centralomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker angestellte Mandat Otto Wollender aber als unzulässig zurückzuweisen.

Meißner - Hannover und von Elm ersuchen um Zulassung der Cigarrenfortierere und Tabakarbeiter, da die Beiträge bezahlt werden würden. Ueber die Zulassung Wollenders entspinnt sich eine erregte Debatte, in der Klotz - Leipzig, Doyce - Leipzig, Haack - Dresden und Weller - Hannover für Zulassung eintreten und auch Wollender sein Mandat sehr entschieden verteidigt, während Döblich - Berlin, Seipart - Stuttgart und Weinheber - Hamburg für Ausschließung sprechen.

Die Mandate der Bergarbeiter, Steinseger, die wegen kleiner Formfehler zweifelhaft waren, sowie diejenigen der Tabakarbeiter und Cigarrenfortierere werden zunächst für gültig erklärt. Ueber die Zulassung des Mandates Wollender wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Die große Mehrheit der Delegierten stimmt gegen die Zulassung. Das genaue Resultat der Abstimmung wird erst morgen bekannt gemacht werden. (Die Leipziger Delegierten aus fast allen Verufen stimmten für die Zulassung Wollenders.) Es entspinnt sich noch eine Debatte, ob nun Wollender als Korreferent für den Punkt der Tagesordnung „Tarifgemeinschaft“ bestellt werden soll. Namentlich die Buchdrucker wenden sich energisch gegen den „Korreferenten“ Wollender, sie würden eine solche Bestellung als einen Schlag mit der Faust ins Gesicht der Buchdruckerorganisation betrachten. Döblich erklärt, er würde gern auf das Referat verzichten.

Klotz bittet, Wollender als Korreferent zu bestellen. Wollender sei ein guter Genosse, daß man von ihm ein Referat erwarten könne, das frei sei von persönlichen Momenten. Nach längerer Debatte beschließt der Kongress, zum Punkt Tarifgemeinschaft einen Korreferenten überhaupt nicht zu bestellen. Damit ist die freitige Frage erledigt. Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Detail-Verkauf der Deutsch-Amerikanischen Schuhfabrik (G. m. b. H.) [17429] Gr. Frankfurterstr. 103 am Straußberger Platz. Oranienstrasse 162 am Oranien-Platz. Rosenthalerstr. 42 am Hackeschen Markt. Friedrichstrasse 131 vis-à-vis Oranienburgerstraße. Blücherstrasse 13 vis-à-vis der Kirche. Müllerstrasse 3 vis-à-vis der Godausfall. Wilsnackerstrasse 10 nahe Turmstraße. Spittelmarkt 12 zw. Kur- u. Niederwallstraße. Specialität: Herrenstiefel, gewalkt von Mk. 3,90 an.

Müggelschlösschen Friedrichshagen. Alter Park mit anstoßendem Wald. Schöne Spielplätze. Bade-Anstalten. Herrliche Aussicht auf den See. Für größere Feste besonders geeignet. Im vorigen Jahre speisten Gesellschaften bis zu 2400 Personen gut und schnell bei mir. (Schriftliche Anerkennung hierüber.) Noch in diesem Monat wird die alte gemütliche Ueberfahrt von früher zwischen Brauerei und Müggelschlösschen in Betrieb gesetzt. Für unsere Gäste ist diese Ueberfahrt frei. Es bittet um zahlreichen Besuch ergebenst G. Ritze.

